

Kapitel 3: Solidarität sichern



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 12.06.2021
Tagesordnungspunkt: PB-S Kapitel 3: Solidarität sichern

1 Kapitel 3: Solidarität sichern

2 Die Pandemie hat uns gezeigt, was eine Gesellschaft stark macht – dass man sich unterhakt
3 und einander vertraut. Sie hat uns spüren lassen, wie kostbar Gemeinsamkeit für unser
4 individuelles Glück ist, wie sehr wir andere Menschen brauchen und wie groß die Gefahr ist,
5 wenn eine Gesellschaft auseinanderdriftet. Diese alte und doch noch mal neu erlebte
6 Erfahrung ist Auftrag, Solidarität und Schutz in konkrete, bessere Politik zu übersetzen.
7 Wir wollen alles dafür tun, die Bedingungen für ein gutes Leben – von Kindesbeinen an – zu
8 schaffen: materielle Sicherheit, Chancen und Teilhabe zu garantieren und ein
9 Sicherheitsversprechen für jede Lebenslage zu geben, das umso stärker ist, je mehr
10 Unterstützung gebraucht wird. Freiheitsrechte bleiben ein Privileg von wenigen, wenn die
11 sozialen Voraussetzungen dafür nicht für alle gewährleistet werden. Gesellschaften ohne
12 existenzielle Not sind krisenfester, solidarische und gleichberechtigte Gesellschaften
13 stärker.

14 Corona hat uns schonungslos die Stärken und Schwächen unseres Sozialstaates vor Augen
15 geführt: wie wichtig ein robustes Gesundheitssystem für alle ist, wie zentral eine
16 Wirtschaftskraft ist, die für gesellschaftlichen Wohlstand und damit einen Sozialstaat
17 sorgt, der Menschen bei Jobverlust oder Wirtschaftseinbruch vor Obdachlosigkeit bewahrt. Die
18 Pandemie hat aber zugleich bestehende Ungleichheiten verschärft. Wer arm ist, wird schneller
19 krank. Frauen tragen eine besondere Last in den systemrelevanten Berufen der Pflege, der
20 Erziehung und im Einzelhandel, sind aber deutlich schlechter bezahlt und in
21 Entscheidungsprozessen weniger repräsentiert. Freiberufler*innen und Selbständige, die
22 ohnehin schon größere Risiken eingehen, stürzen ohne Verdienst in Existenzangst oder -not.
23 Wer Kinder oder Jugendliche allein oder getrennt erzieht, ist durch Kinderbetreuung,
24 Homeschooling und Homeoffice noch mal mehr gefordert. Die Pandemie hat uns auf unsere
25 individuellen Lebensumstände zurückgeworfen. Wenn die Wohnung eng ist, der Garten fehlt,
26 aber die Schwimmhalle geschlossen ist, ist es dreifach schwer. Einsamkeit wird größer.

27 Jetzt ist die Zeit, die richtigen Lehren zu ziehen. Der Weg aus der Pandemie muss zu einem
28 neuen sozialen Sicherheitsversprechen führen. Wir wollen Schritt für Schritt die sozialen
29 Systeme so verändern, dass sie allen Menschen Sicherheit und Halt geben, auch in Zeiten
30 persönlicher und gesellschaftlicher Umbrüche, und ihnen Teilhabe ermöglichen. Unsere
31 Bibliotheken und Bolzplätze, Sport- und Musikvereine, Theater und Jugendzentren – kurz,
32 unsere öffentlichen und sozialen Orte – sollten zu den schönsten und stärksten Räumen des
33 Miteinanders werden.

34 Glück und Chancen dürfen nicht davon abhängen, ob man im Norden oder Süden, Osten oder
35 Westen, in der Stadt oder auf dem Land lebt, entsprechend sind gleichwertige
36 Lebensverhältnisse Verfassungsgrundsatz. Wir setzen alles daran, aus diesem oftmals noch
37 unerfüllten Anspruch Realität zu machen. Wer auf dem Land wohnt, braucht genauso einen

38 Zugang zu Ärzt*innen, schnellem Internet, öffentlicher Daseinsvorsorge wie Städter*innen.
 39 Und wer in der Stadt lebt, muss auch dort guten und bezahlbaren Wohnraum finden können.
 40 Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit und für viele Menschen, viele Familien bis weit in
 41 die Mittelschicht hinein eine der Existenz.

42 Unser Gesundheitssystem soll allen eine gleichwertige Gesundheitsversorgung garantieren,
 43 aber es klaffen Lücken: Gesundheitsämter wurden kaputtgespart, in Krankenhäusern und der
 44 Verwaltung fehlt Personal, die, die da sind, arbeiten am Anschlag. Wir wollen die Vorzeichen
 45 ändern und Vorsorge zum Leitprinzip machen: Kliniken sollen ihrem gesellschaftlichen Auftrag
 46 entsprechend finanziert werden, auch auf dem Land braucht es Zugang zu Geburtshilfe und
 47 Notfallhilfen. In der Pflege setzen wir uns ein für bessere Arbeitsbedingungen, mehr
 48 Personal, Sicherheit für Menschen, die Pflege benötigen, und für diejenigen, die Angehörige
 49 oder Freund*innen pflegen.

50 Digitalisierung, globaler Wettbewerb und der nötige Umbau der Wirtschaft bedeuten für viele
 51 Menschen große Veränderungen, die mit der Angst vor Verlusten einhergehen. Aber Angst lähmt
 52 und macht mürbe. Menschen benötigen auch im Übergang Sicherheit. Es gilt die Risiken
 53 abzusichern und Perspektiven zu geben, etwa durch eine Arbeitsversicherung und durch
 54 Weiterbildung. Starke Tarifpartner, starke Gewerkschaften und demokratische Mitbestimmung
 55 können ebenfalls dazu beitragen, die großen Herausforderungen beim Übergang in eine sozial-
 56 ökologische Marktwirtschaft gemeinsam zu bewältigen. Wir werden zeigen, dass Transformation
 57 und Digitalisierung hin zu einem klimagerechten Wohlstand zukunftsfähige Jobs schaffen, mit
 58 guten Arbeitsbedingungen und gerecht verteilter Arbeit.

59 **Wir fördern Kinder, Jugendliche und Familien**

60 **Kinder in den Mittelpunkt**

61 Kinder müssen sich bestmöglich und frei entfalten können. Dabei haben sie ein Recht auf
 62 besonderen Schutz, Förderung und Beteiligung. Kinder sind Menschen mit eigenen
 Bedürfnissen,
 63 die es zu erkennen und zu stärken gilt. Wir werden sicherstellen, dass die Rechte und das
 64 Wohl von Kindern bei staatlichen Entscheidungen ein größeres Gewicht bekommen und
 maßgeblich
 65 berücksichtigt werden. Deshalb müssen starke Kinderrechte entlang der Grundprinzipien der
 66 UN-Kinderrechtskonvention ins Grundgesetz. Mit einem Nationalen Aktionsplan für Kinder- und
 67 Jugendbeteiligung wollen wir sicherstellen, dass alle Kinder und Jugendlichen über ihre
 68 Rechte informiert sind und unabhängig vom soziokulturellen Hintergrund und vom
 69 Aufenthaltsstatus altersgerecht und niedrigschwellig Beteiligung leben können. Die
 70 Jugendarbeit spielt hierbei eine wichtige Rolle, darum wollen wir die Jugendverbände mit
 71 einem Verbandsklagerecht gegenüber Kommunen stärken. Demokratie darf kein abstrakter
 Begriff
 72 sein, sondern muss immer wieder im eigenen Alltag erfahren und erprobt werden können.
 73 Werdende Demokrat*innen brauchen Mitmach- und Medienkompetenz sowie politische Bildung,
 die
 74 wir als Querschnittsaufgaben in Kitas, Schulen und Jugendhilfe konzeptionell und finanziell
 75 stärken. Auch wollen wir die Unabhängigkeit der Bundeszentrale für politische Bildung
 76 stärken. Bei allen Angeboten im Sozialraum, bei allen Bau- und Wohnumfeldmaßnahmen, die

77 Kinder und Jugendliche betreffen, werden wir sie beteiligen, ihr Wohl sichern und dies im
78 Baugesetzbuch und im Bundesimmissionsschutzgesetz berücksichtigen.

79 **Eine Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut**

80 In einem reichen Land wie Deutschland darf kein Kind in Armut aufwachsen – doch vor allem
81 bei Ein-Eltern-Familien (Alleinerziehenden), Geringverdienenden mit Kindern oder Familien
82 mit mehr als zwei Kindern reicht das Geld oft vorn und hinten nicht. Kinderarmut bedeutet
83 auch Ausgrenzung, Diskriminierung und schlechtere Bildungschancen. Jedes Kind verdient
84 unsere Unterstützung, denn Zukunftschancen dürfen nicht von der sozialen Herkunft abhängen.
85 Daher werden wir eine Gesamtstrategie zur Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut
86 entwickeln und umsetzen. Neben hervorragender Infrastruktur werden wir Familien mit einer
87 einfachen und gerechten Kinder- und Familienförderung stärken: der Kindergrundsicherung.
88 Unser Vorhaben: Kindergeld, Kinderfreibeträge, Kinderzuschlag, das Sozialgeld für Kinder und
89 die Bedarfe für Bildung und Teilhabe in eine neue, eigenständige Leistung zusammenzufassen.
90 Mit der Kindergrundsicherung bekommt jedes Kind einen festen Garantie-Betrag, Kinder in
91 Familien mit geringem oder gar keinem Einkommen erhalten zusätzlich noch einen
GarantiePlus-
92 Betrag. Je niedriger das Familieneinkommen, desto höher der GarantiePlus-Betrag. Nach
93 einmaliger Beantragung bei der Geburt wird die Höhe der Kindergrundsicherung automatisch
von
94 der Familienkasse berechnet, die sie dann auch auszahlt. So kommt die Kindergrundsicherung
95 garantiert bei jedem Kind an und Schritt für Schritt beenden wir Kinderarmut. Sie ist
96 gerecht, denn Kinder, die mehr brauchen, bekommen auch mehr. Die Kindergrundsicherung
97 verbinden wir mit einer Neuermittlung dessen, was Kinder zum Leben brauchen.

98 **Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder**

99 Ob Kita, Kindertagespflege, Hortbetreuung, Familienberatung, Hilfen zur Erziehung oder
100 Angebote der Jugendarbeit – die öffentlichen und freien Träger der Kinder- und Jugendhilfe
101 begleiten Familien beim Aufwachsen der Kinder. Sozialarbeiter*innen und pädagogische
102 Mitarbeiter*innen leisten dabei unter hohem Zeit- und Arbeitsdruck Enormes. Durch
103 gesetzliche Vorgaben zur Personalplanung wollen wir für besser ausgestattete Jugendämter und
104 Entlastung der Fachkräfte sorgen. Qualitätsstandards wollen wir überall in der Kinder- und
105 Jugendhilfe verbindlich erstellen und gemeinsam mit Verbänden, Trägern und Wissenschaft
106 weiterentwickeln. Leistungsansprüche von Kindern und Jugendlichen mit körperlichen und
107 geistigen Behinderungen werden bisher in einem eigenen Sozialgesetzbuch für Menschen mit
108 Behinderungen geregelt. Mit einem Bundesinklusionsgesetz soll sichergestellt werden, dass
109 alle Angebote der Kinder- und Jugendhilfe künftig so ausgestaltet sind, dass sie sich auch
110 an Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und ihre Familien richten. Die bestehenden
111 Rechtsansprüche gelten für sie weiter. Wir wollen auf dem eingeschlagenen Weg hin zu einem
112 inklusiven SGB VIII zügiger voranschreiten. Daher werden wir die Länder und Kommunen, die
113 bereits vor Umsetzung des Bundesinklusionsgesetzes alle Kinder unter dem Dach der
114 Jugendhilfe vereinen wollen, mit einem Bundesmodellprogramm unterstützen. So können
115 wertvolle Anregungen für den bundesweiten Umstrukturierungsprozess gewonnen werden. Den
116 Kostenbeitrag von Jugendlichen in einer vollstationären Einrichtung oder Pflegefamilie
117 wollen wir abschaffen.

118 Selbstwirksamkeit und Mitbestimmung - Jugend als eigenständige**119 Lebensphase stärken**

120 Jugendliche und junge Erwachsene müssen sich frei und selbstbestimmt entwickeln können.
 121 Verantwortungsvolle, selbstbewusste und mündige Jugendliche sollen über alle
 122 Angelegenheiten, die sie betreffen, mitentscheiden und sichere Lernorte und Freiräume haben,
 123 die sie selbst mitgestalten. Damit junge Menschen ihre Ideen und Rechte auch wirksam
 124 einbringen bzw. einfordern können, wollen wir niedrigschwellige Beteiligungsgremien wie
 125 Kinder- und Jugendparlamente, insbesondere auf kommunaler Ebene, stärken. Wir werden
 126 Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit und Demokratiebildung verlässlich unterstützen. Die
 127 Offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Frühe Hilfen und alle Formen von Hilfen
 128 zur Erziehung werden wir gemeinsam mit Ländern und Kommunen sicherstellen und Räume für
 129 Jugendliche nachhaltig fördern. Politik mit und für junge Menschen braucht in Zeiten der
 130 Globalisierung eine internationale Ausrichtung. Deshalb stärken wir internationale
 131 Begegnungen und Austauschprogramme.

132 Teilhabe und Schutz in der digitalen Welt

133 Viele Kinder und Jugendliche wachsen mit Tablets, Smartphones und Co. auf – wir müssen
 134 sicherstellen, dass sie selbstbestimmt, sicher und gesund in der digitalen Welt groß werden.
 135 Wir stärken die digitale Bildung als Gemeinschaftsaufgabe von Eltern, Bildungseinrichtungen
 136 und der Jugendhilfe mit Fortbildungen für Fachkräfte und Unterstützungsangeboten für Eltern.
 137 Alle sollen digitale Kompetenzen erwerben können, das geht nur mit entsprechender Hardware
 138 und Internetanbindung: Kinder, die in Armut leben, erhalten für die Schule ein digitales
 139 Endgerät, wenn sie dieses benötigen. Auch dem Suchtpotenzial und den Gesundheitsrisiken der
 140 übermäßigen Nutzung digitaler Anwendungen möchten wir begegnen. Kinder und Jugendliche
 141 brauchen im Netz besonderen Schutz vor Straftaten wie Hassrede,
 142 Cybergrooming oder sexualisierter Gewalt. Dem Mobbing im Netz wollen wir einen Riegel
 143 vorschieben. Dafür setzen wir auf eine Präventionsstrategie mit verpflichtenden sicheren
 144 Voreinstellungen für Plattformen und altersgerechten und leicht auffindbaren Informations-
 145 und Beschwerdemöglichkeiten. Die Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz soll in
 146 ihren Kompetenzen gestärkt werden. Vor kommerziellem Sammeln ihrer Daten durch private
 147 Anbieter werden wir Kinder schützen.

148 Kinder vor Gewalt schützen

149 Für viele Kinder und Jugendliche ist psychische, körperliche, sexualisierte Gewalt und
 150 Vernachlässigung leidvoller Alltag. Dagegen gehen wir hart vor – mit starker Prävention,
 151 konsequenter Aufarbeitung und Strafverfolgung sowie weiteren Maßnahmen zur
 152 Qualitätssicherung und zum Kinderschutz in familiengerichtlichen Verfahren. Das oberste Ziel
 153 ist es, Taten zu verhindern. Dafür braucht es Aufklärung, Qualifizierung, altersgerechte
 154 Präventionsprogramme und gelebte Schutzkonzepte sowie die Kooperation aller Akteur*innen
 155 überall dort, wo Kinder und Jugendliche sich aufhalten und betreut werden. Basiswissen über
 156 Kinderrechte, insbesondere Beteiligung, Sensibilisierung und Schutz bei
 157 Kindeswohlgefährdung und sexualisierter Gewalt, gehören in die Curricula für Jura, Medizin,
 158 Pädagogik und Polizei. Die Fortbildungspflicht für Familienrichter*innen und die
 159 Anforderungen an die Qualifikation von Verfahrensbeiständen sind klar gesetzlich zu regeln.
 160 Alle zivilgesellschaftlichen und politischen Ebenen und Kräfte müssen den Kampf gegen
 161 sexualisierte Gewalt an Kindern zu einem zentralen Thema machen. Organisationen, die Kinder
 162 betreuen, tragen dabei eine besondere Verantwortung. Die wichtige Arbeit des Unabhängigen

163 Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs werden wir auf eine gesetzliche
 164 Grundlage stellen und damit dauerhaft absichern und dabei auch die Zuständigkeiten der
 165 Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs adäquat verankern.
 Wir

166 werden bundesweit spezialisierte Fachberatungsstellen systematisch ausbauen sowie
 167 telefonische und Online-Beratungsangebote finanziell absichern.

168 **Mehr Zeit für Familien**

169 Den Kopf frei haben für die Familie und die Kinder, auch wenn sie krank sind, das ist unser
 170 Ziel. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine gesamtgesellschaftliche
 171 Verantwortung, der wir uns gemeinsam mit Wirtschaft und öffentlichen Institutionen stellen.

172 Alle Eltern sollen Elternzeit unkompliziert in Anspruch nehmen können. Mit der KinderZeit
 173 Plus wollen wir das Elterngeld auf 24 Monate ausweiten: Pro Elternteil je acht Monate,
 174 weitere acht Monate können flexibel untereinander aufgeteilt werden. Wird die KinderZeit
 175 Plus Teilzeit in Anspruch genommen, verlängert dies entsprechend den Bezugszeitraum. Sie
 176 kann bis zum 14. Geburtstag des Kindes genommen werden, denn auch bei älteren Kindern
 kann

177 zeitweise mehr Aufmerksamkeit nötig sein. Die Bedarfe der Familien von Kindern mit
 178 Behinderung sollen zusätzlich Berücksichtigung finden. Wir unterstützen Eltern dabei,
 179 Familie und Arbeit mit einer neuen Arbeitszeitkultur und einem flexiblen Vollzeitkorridor in
 180 eine ausgewogene

181 Balance zu bringen, Familien- und Hausarbeit partnerschaftlich zu teilen und Teilzeitfallen
 182 zu vermeiden. Niemand soll sich zwischen Kind und Job, Ausbildung oder Studium entscheiden
 183 müssen, darum soll der Anspruch auf ein Kinderkrankengeld auf 15 Tage im Jahr pro Kind und
 184 Elternteil steigen, Alleinerziehende bekommen 30 Tage. Weil gerade in den ersten
 185 Lebensjahren viele Infekte mitgenommen werden, sollte es in dieser Zeit einen zusätzlichen
 186 erhöhten Anspruch auf Kinderkrankengeld geben. Die Altersgrenze wollen wir auch hier auf 14
 187 Jahre anheben, ein ärztliches Attest wird erst ab dem vierten Erkrankungstag des Kindes
 188 verpflichtend. Für die besondere Zeit direkt nach der Geburt wollen wir neben dem
 189 Mutterschutz auch für den zweiten Elternteil eine 14-tägige Freistellung einrichten. Die
 190 Mutterschutzregelungen sollen auch nach einer Totgeburt ab der 20. Schwangerschaftswoche
 191 möglich sein.

192 **Alleinerziehenden den Rücken stärken**

193 Ein-Eltern-Familien (Alleinerziehende) leisten enorm viel und dennoch ist mehr als ein
 194 Drittel von Armut bedroht. Mit der Kindergrundsicherung helfen wir mehrfach: Mit der
 195 Neuermittlung der Mindestbedarfe von Kindern und Jugendlichen steigt auch der
 196 Mindestunterhalt. Und anders als beim heutigen Kindergeld soll nur die Hälfte auf den
 197 Unterhaltsvorschuss angerechnet werden. Nach einer Trennung soll es für getrennt erziehende
 198 Eltern bei der Betreuung nicht zusätzlich knirschen, darum werden Mehrkosten für die
 199 Ausübung des Umgangs und Betreuungsleistungen angemessen berücksichtigt. Für getrennt
 200 erziehende Eltern im Grundsicherungsbezug wollen wir einen Umgangsmehrbedarf einführen.

Das

201 Betreuungsmodell soll im Einzelfall am Kindeswohl orientiert gefunden und nicht schematisch
 202 definiert werden. Ob ein wichtiger Abendtermin im Job, ein Beratungsgespräch oder Arztbesuch
 203 – Kinder können und sollten nicht immer dabei sein. Es gilt, familienunterstützende
 204 Dienstleistungen zu fördern, zum Beispiel für ergänzende Kinderbetreuung oder haushaltsnahe

205 Dienstleistungen. Das ist besonders im Krankheitsfall wichtig, denn Kinder und Haushalt
206 müssen trotzdem versorgt sein.

207 **Absicherung für alle Familienformen**

208 Ob Alleinerziehende, Patchwork-, Stief- oder Regenbogenfamilie – Familien sind vielfältig
209 und diese Vielfalt muss ein modernes Familienrecht auch abbilden. Dazu gehört auch ein
210 modernes und liberales Namensrecht. Soziale Eltern übernehmen innerhalb der Familie oft
211 Verantwortung und sind wichtige Wegbegleiter. Rechtlich gesehen sind sie aber auch nach
212 Jahren Außenstehende für ihr Kind: Im Kindergarten, in der Schule oder bei Ärzt*innen ist es
213 nicht vorgesehen, dass sie Entscheidungen für ihre Kinder treffen. Mit der Weiterentwicklung
214 des „kleinen Sorgerechts“ hin zu einem Rechtsinstitut der elterlichen Mitverantwortung, die,
215 auch schon vor Zeugung, auf Antrag beim Jugendamt auf bis zu zwei weitere Erwachsene neben

216 den leiblichen Eltern übertragen werden kann, geben wir allen Beteiligten mehr Sicherheit
217 und stärken Mehr-Eltern-Familien und soziale Elternschaft. Zwei-Mütter-Familien sollen nicht
218 mehr durch das Stiefkindadoptionsverfahren müssen, darum streben wir an, das
219 Abstammungsrecht zu reformieren, sodass die Co-Mutter analog zu Vätern in Ehen zwischen
220 einem Mann und einer Frau automatisch als zweites rechtliches Elternteil gilt. Das
221 Abstammungsrecht muss zudem die Elternschaft von Menschen mit Geschlechtseintrag „divers“

222 berücksichtigen. Bei Kinderwunsch sollen alle Paare und alleinstehende Frauen die
223 Möglichkeit einer Kostenerstattung für die künstliche Befruchtung erhalten. Alle Kinder
224 benötigen einen klaren Rechtsstatus; das Persönlichkeitsrecht auf Kenntnis der eigenen
225 Abstammung muss für alle Kinder gewahrt werden. Verantwortung wird nicht nur da füreinander

226 übernommen, wo Kinder sind. Mit dem Pakt für das Zusammenleben werden wir eine neue
227 Rechtsform schaffen, die das Zusammenleben zweier Menschen, die füreinander Verantwortung

228 übernehmen, unabhängig von der Ehe rechtlich absichert.

229 **Wir sorgen für gute Arbeit und faire Löhne**

230 **Mindestlohn anheben**

231 Arbeit muss gerecht bezahlt werden. Und die Menschen brauchen gute Arbeitsbedingungen.
Aber

232 in unserem reichen Land arbeiten noch immer Millionen Menschen im Niedriglohnsektor mit
233 schlechten Löhnen und in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen. Besonders oft sind davon
234 Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte betroffen. Das wollen wir ändern. Den
235 gesetzlichen Mindestlohn werden wir sofort auf 12 Euro anheben. Anschließend muss der
236 Mindestlohn weiter steigen, um wirksam vor Armut zu schützen und mindestens der
Entwicklung

237 der Tariflöhne zu entsprechen. Die Mindestlohnkommission wollen wir reformieren und mit
238 diesem Auftrag ausstatten. Die bestehenden Ausnahmen für unter 18-Jährige und
239 Langzeitarbeitslose werden wir abschaffen. Leiharbeiter*innen sollen vom ersten Tag an den
240 gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommen wie Stammbeschäftigte – plus Flexibilitätsprämie.
241 Fair zahlende Unternehmer*innen dürfen keine Wettbewerbsnachteile erleiden. In Zeiten von
242 Corona zeigt sich besonders, dass das Kurzarbeitergeld für Beschäftigte mit kleinen Löhnen

243 zu niedrig ist. Deshalb braucht es ein branchenunabhängiges Mindestkurzarbeitergeld. Ohne
244 sachlichen Grund dürfen Arbeitsverträge nicht mehr befristet werden. Gegen den vielfachen
245 Missbrauch von Werkverträgen und die Abwälzung unternehmerischer Verantwortung mittels
246 Subunternehmerketten gehen wir ordnungspolitisch vor. Wir wollen den Arbeitsschutz stärken,
247 damit er wirksam vor Stress, Burn-out und Entgrenzung der Arbeit schützt. Mobbing und
248 Diskriminierung am Arbeitsplatz nehmen wir ernst und wollen durch klare Sanktionen und
249 verpflichtend zu schaffende Anlaufstellen besser davor schützen.

250 **Vollbeschäftigung schaffen**

251 Wir wollen allen Menschen ermöglichen, am Arbeitsleben teilzuhaben, denn ein guter
252 Arbeitsplatz ist eine wichtige Quelle für Einkommen, Anerkennung und Selbstverwirklichung.
253 Dazu müssen wir gute und sichere Jobs schaffen. Wir wollen die Beschäftigung weiter erhöhen
254 und damit auch verhindern, dass Corona langfristige Spuren am Arbeitsmarkt hinterlässt. Mit
255 dauerhaft höheren öffentlichen Investitionen, mehr Gründungsgeist und Forschung sowie
256 Innovation wollen wir ein Umfeld für viele neue Jobs schaffen. Der deutsche Arbeitsmarkt war
257 dabei in den letzten Jahren gespalten: Fachkräftemangel und deutliche Lohnsteigerungen für
258 Hochqualifizierte in einigen Branchen, prekäre Beschäftigung, unfreiwillige Teilzeit und
259 stagnierende Reallöhne in anderen. Dem wollen wir mit einer sozial gerechten Arbeitspolitik
260 entgegenreten. Damit sorgen wir für gute Löhne und trocken den Niedriglohnsektor
261 mittelfristig aus. Selbständige brauchen gute Rahmenbedingungen und eine bessere soziale
262 Absicherung. Strukturelle Ursachen für Langzeitarbeitslosigkeit wollen wir bekämpfen. Für
263 Menschen, die lange arbeitslos sind, schaffen wir einen dauerhaften sozialen Arbeitsmarkt,
264 der sinnstiftende Tätigkeiten vermittelt.

265 **Sozialpartnerschaft stärken, Tarifbindung erhöhen**

266 Sozialpartnerschaft, Tarifverträge und Mitbestimmung sind Eckpfeiler der sozialen
267 Marktwirtschaft. Sie haben unser Land stark gemacht. Da, wo sie gelten, sorgen sie meistens
268 für anständige Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Wir wollen, dass Tarifverträge und starke
269 Mitbestimmung wieder für mehr anstatt für immer weniger Beschäftigte und Betriebe gelten.
270 Bei der öffentlichen Vergabe sollen im Einklang mit europäischem Recht die Unternehmen zum
271 Zug kommen, die tarifgebunden sind oder mindestens Tariflöhne zahlen. Dafür setzen wir auf
272 ein Bundestariftreuegesetz. Zudem wollen wir es leichter machen, Tarifverträge für
273 allgemeinverbindlich zu erklären, damit sie für alle in einer Branche gelten. Tarifflicht
274 darf sich für Unternehmen nicht lohnen. Wir wollen Betriebe verpflichten zu veröffentlichen,
275 ob sie Tarifvertragspartei sind. Bei Umstrukturierungen sollen die bisherigen tariflichen
276 Regelungen gelten, bis ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen wurde. Paritätische
277 Mitbestimmung soll es zukünftig bereits in Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten
278 geben und wir wollen ein Schlichtungsverfahren einführen, wenn sich Entscheidungen
279 besonders
280 stark auf die Beschäftigten auswirken. Betriebsräte, die sich für Mitarbeiter*innen
281 einsetzen, brauchen auch selbst mehr Schutz. Gleiches gilt auch für die Beschäftigten, die
282 erstmals einen Betriebsrat gründen wollen. Die Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte,
283 Personalräte und auch Jugend- und Ausbildungsververtretungen wollen wir ausbauen und
284 modernisieren, unter anderem wenn es um Personalentwicklung, Weiterbildung,
285 Standortverlagerungen ins Ausland, die Stärkung von Frauen, die Förderung von Vielfalt oder
286 die Verbesserung der Klimabilanz im Unternehmen geht. Die stärkere finanzielle Beteiligung
286 von Mitarbeiter*innen an den Unternehmen,

287 zusätzlich zu Lohn und Gehalt, kann mehr Mitgestaltung bewirken. Der Wandel der Arbeitswelt,
288 den Digitalisierung und ökologische Transformation mit sich bringen, muss gemeinsam mit den
289 Beschäftigten im Betrieb gestaltet werden.

290 **Selbstbestimmter arbeiten, digitale Chancen nutzen**

291 Wir wollen Beschäftigte dabei unterstützen, ihre Arbeit besser an ihr Familien- und
292 Privatleben anzupassen. Eine moderne Arbeitswelt bedeutet für uns auch mehr Mitsprache bei
293 Ort, Lage und Umfang der Arbeit. In der Corona-Krise wurde das Arbeiten von zu Hause zu
294 einer weit verbreiteten Erfahrung, für viele verbunden mit mehr Eigenständigkeit und weniger
295 Stress, wenn etwa das lange Pendeln wegfiel. Für andere aber auch zur echten Belastungsprobe

296 – wenn zu Hause Arbeitszimmer, Arbeitsschutz und auch Kolleg*innen fehlen oder Arbeit
297 entgrenzt. Die Möglichkeit zur Selbstbestimmung im Arbeitsleben wollen wir daher erhalten
298 und stärken, indem wir ein Recht auf mobiles Arbeiten einführen – mit Blick auf betriebliche
299 Möglichkeiten, aber auch mit strikten Schutzkriterien und starkem Einfluss der
300 Interessenvertretungen versehen. Das mobile Arbeiten kann im Homeoffice oder im nahe
301 gelegenen Co-Working-Space stattfinden, der Wechsel dorthin muss immer freiwillig
302 stattfinden und mit einem Rückkehrrecht sowie mit ausreichend Zeit an einem Arbeitsplatz im
303 Unternehmen verbunden sein.

304 **Mehr Freiraum bei der Arbeitszeit**

305 Ob im Büro, in der Pflege oder auf Montage – für viele Menschen ist der körperliche oder
306 psychische Druck durch Arbeit gewachsen. Gleichzeitig ist Zeit zu haben – für sich selbst
307 oder die Familie – für viele Menschen ein immer größerer Wert. Kürzere Arbeitszeiten, wie
308 beispielsweise die IG Metall sie als Beitrag zur Bewältigung des Strukturwandels in der
309 Automobilbranche vorgeschlagen hat, begrüßen wir, denn sie bieten die Chance, Arbeit
310 gerechter zu verteilen, Arbeitsplätze zu sichern und Arbeitnehmer*innen zu entlasten. Wir
311 wollen Beschäftigte in Branchen, in denen die Belastung besonders hoch ist, mit besseren
312 Arbeitsbedingungen unterstützen. Darüber hinaus sollen die Möglichkeiten aller
313 Arbeitnehmer*innen, selbst flexibler über die eigene Arbeitszeit zu bestimmen – gerade um
314 die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern und Zeit für sich selbst zu haben –,
315 verbessert werden. Dafür wollen wir die starre Vollzeit umgestalten, etwa mit Hilfe eines
316 flexiblen Arbeitszeitkorridors, und insbesondere die Sozialpartner unterstützen, flexible
317 Arbeitszeitmodelle zum Vorteil der Arbeitnehmenden zu ermöglichen. Versuche, das
318 Arbeitszeitgesetz zum Nachteil der Arbeitnehmer*innen aufzuweichen, lehnen wir ab. Die
319 Arbeitszeit soll künftig dokumentiert werden, so wie es der Europäische Gerichtshof in einem
320 Urteil entschieden hat. Wir setzen uns für eine bessere Kontrolle existierender Regelungen
321 ein, um Beschäftigte, deren tatsächliche Arbeitszeit regelmäßig über 40 Stunden liegt, zu
322 stärken.

323 **Arbeitsversicherung stärkt Chancen**

324 Wir wollen die Arbeitsmarktpolitik auf die Zukunft ausrichten und die
325 Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung umbauen. Zentral dafür sind ein
326 Rechtsanspruch auf Weiterbildung und die Stärkung der beruflichen Qualifikation. In einer
327 Welt, in der häufige Berufswechsel für Viele Normalität sind und man nicht mehr automatisch
328 40 Jahre im gleichen Betrieb arbeitet, brauchen alle Menschen Anlaufstellen und
329 Unterstützung, um ihr Berufsleben selbstbestimmt zu gestalten. Überall dort, wo es eine

330 Arbeitsagentur gibt, sollen Bildungsagenturen zentrale Anlaufstellen werden und Menschen bei
331 der Neuorientierung unterstützen, Weiterbildungsberatung und -förderung sollen damit
332 vereinfacht werden. Die Förderung des lebensbegleitenden Lernens für Menschen mit
333 Behinderungen wollen wir ausbauen. Den Zugang zur Arbeitsversicherung werden wir deutlich
334 erleichtern und bereits ab vier Monaten sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung einen
335 Anspruch auf Arbeitslosengeld einführen. Auch selbständige Berufstätigkeit muss sozial
336 besser abgesichert werden. Dafür vereinfachen wir den Zugang zur freiwilligen
337 Arbeitslosenversicherung und schaffen eine Zugangsmöglichkeit für alle Selbständigen, auch
338 über die Auswahl zwischen zwei Tarifen. Selbständige sollen damit neben dem Anspruch auf
339 Arbeitslosengeld I auch einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld in besonderen Notsituationen wie
340 beispielsweise während einer Pandemie erhalten. Wir wollen Gründungen aus Phasen der
341 Arbeitslosigkeit heraus besser fördern und durch die Krise zurückgeworfenen
342 Berufsanfänger*innen mit einem Einstiegszuschuss eine Brücke in den Arbeitsmarkt bauen.

343 **Besserer Schutz bei online vermittelter Arbeit**

344 Vom Handwerkerdienst über Software-Entwicklung bis zur Reinigung – immer mehr
345 Dienstleistungen werden über Online-Plattformen vermittelt (Gig-Working) oder finden sogar
346 ortsunabhängig in der Cloud statt (Crowd-Working). Die Digitalisierung von Tätigkeiten und
347 die digitale Vermittlung von Arbeit bergen viele neue Chancen. Aber Arbeitsrecht und
348 Arbeitsschutz müssen an die Onlinewelt angepasst werden, damit daraus nicht neue Formen
349 von
349 Ausbeutung und Abhängigkeiten entstehen. Wir wollen online getätigte oder vermittelte Arbeit
350 regulieren, um dort arbeitenden Menschen den gleichen Schutz zu gewähren wie den analog
351 Arbeitenden. Wir wollen Scheinselbständigkeit verhindern, indem wir bei der Abgrenzung
352 zwischen selbständiger Tätigkeit und abhängiger Beschäftigung für mehr Rechts- und
353 Planungssicherheit sorgen. Wenn der/die Auftragnehmer*in angibt, einen Arbeitnehmerstatus zu

354 haben, soll künftig der/die Auftraggeber*in beweisen, dass dem nicht so ist. Unfares Preis-
355 Dumping gilt es durch ein Mindesthonorar für zeitbasierte Dienstleistungen zu unterbinden.
356 Arbeitnehmerähnliche Personen und Solo-Selbständige sollen sich künftig leichter tariflich
357 organisieren können und branchenspezifisch sollen weitere verbindliche Honoraruntergrenzen
358 vereinbart werden können, die auch für allgemeinverbindlich erklärt werden können.
359 Plattformbetreiber tragen eine Verantwortung für ihre Auftragnehmer*innen. Wir wollen mit
360 klaren Mindeststandards beim Arbeits- und Datenschutz und bei den allgemeinen
361 Geschäftsbedingungen, mit einem starken Beschäftigtendatenschutz und einem digitalen
362 Zugangsrecht für Gewerkschaften für Fairplay bei der Plattformökonomie und insgesamt in der
363 digitalen Arbeitswelt sorgen.

364 **Faire Arbeitsbedingungen für Beschäftigte aus europäischen 365 Nachbarstaaten**

366 In jedem europäischen Nachbarland arbeiten zu können, das ist eine der großen
367 Errungenschaften unseres vereinten Europas. Was in hochqualifizierten Berufen viel Freiheit
368 gebracht hat, führte in manchen Dienstleistungsbereichen zu ausbeuterischen
369 Arbeitsrealitäten. Missstände in den deutschen Schlachthöfen haben das schlaglichtartig
370 gezeigt. Doch auch anderswo, zum Beispiel auf dem Bau oder in der Pflege, herrschen vielfach
371 ausbeuterische Verhältnisse. Wir wollen, dass alle Beschäftigten – egal, wie lange sie hier
372 arbeiten – genauso gut bezahlt und abgesichert sind wie ihre deutschen Kolleg*innen. Dafür

373 braucht es ein wirksames Vorgehen gegen Schwarzarbeit und Scheinselbständigkeit, ein
374 Verbandsklagerecht der Gewerkschaften, eine europäische Sozialversicherungsnummer, höhere
375 Mindeststandards für Unterkünfte von entsandten Beschäftigten, die Abschaffung der
376 sozialversicherungsfreien kurzfristigen Beschäftigung, eine bessere Regulierung der
377 Vermittlungsagenturen und mehr Kontrolle durch eine gestärkte Europäische Arbeitsbehörde.
378 Arbeitnehmer*innen aus anderen EU-Staaten müssen besser über ihre Rechte informiert werden
379 und wir setzen uns auf europäischer Ebene für eine bessere soziale Absicherung für
380 arbeitssuchende EU-Bürger*innen ein.

381 **Wir schaffen Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern**

382 **Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit**

383 Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, von dieser Selbstverständlichkeit sind wir immer
384 noch weit entfernt. Durchschnittlich verdienen Frauen, vor allem wenn sie sich um Kinder
385 oder Pflegebedürftige kümmern, im gesamten Erwerbsleben etwa nur halb so viel wie Männer,
386 was sich auch in ihrer ungenügenden Alterssicherung bemerkbar macht. Deswegen setzen wir
uns

387 auf europäischer Ebene für eine ambitionierte EU-Richtlinie für Lohngleichheit ein und
388 werden national ein effektives Entgeltgleichheitsgesetz einführen, das auch für kleine
389 Betriebe gilt und die Unternehmen verpflichtet, von sich aus über die Bezahlung von Frauen
390 und Männern und über ihre Maßnahmen zum Schließen des eigenen Pay-Gaps zu berichten.
Dieses

391 Gesetz muss auch ein wirksames Verbandsklagerecht enthalten, damit bei strukturellen
392 Benachteiligungen auch Verbände die Klage übernehmen können und die Betroffenen nicht auf
393 sich allein gestellt sind. Lohncheckverfahren können Diskriminierungen aufdecken. Deshalb
394 werden wir Tarifpartner und Unternehmen verpflichten, alle Lohnstrukturen auf
395 Diskriminierung zu überprüfen und den Beschäftigten anonymisierte Spannen der Gehalts- und
396 Honorarstruktur zugänglich zu machen. Wir setzen uns dafür ein, dass Berufe, die vor allem
397 von Frauen ausgeübt werden, eine höhere Wertschätzung erfahren als bisher, insbesondere in
398 Form besserer Arbeitsbedingungen und besserer Bezahlung. Die Vereinbarkeit von Familie und
399 Beruf muss für alle vereinfacht werden.

400 **Wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen stärken**

401 Um selbstbestimmt leben zu können, ist wirtschaftliche Unabhängigkeit unabdingbar. Deshalb
402 müssen Steine, die dies behindern, aus dem Weg geräumt werden. Frauen übernehmen nach
wie

403 vor den Großteil der Sorgearbeit, die systemrelevant für unsere Gesellschaft ist. Wir wollen
404 für eine eigenständige Absicherung in allen Lebensphasen sorgen – von der Berufswahl bis zur
405 Rente. Minijobs, mit Ausnahmen für Studierende, Schüler*innen und Rentner*innen, wollen wir
406 in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen und Regelungen für haushaltsnahe
407 Dienstleistungen schaffen. Das durch enge Rollenerwartungen eingeschränkte
408 Berufswahlverhalten wollen wir durch eine gendersensible Berufsberatung erweitern. Die
409 gläserne Decke, die Frauen am Aufstieg hindert, wollen wir aufbrechen. Dies gelingt durch
410 eine kluge Zeitpolitik, die es auch Partner*innen erleichtert, Verantwortung in der
411 Familie zu übernehmen und Arbeit geschlechtergerecht aufzuteilen. Wir wollen, dass die Sorge

412 in der Familie gemeinsam und gleichberechtigt getragen wird, und sehen darin eine
413 Voraussetzung für Chancengerechtigkeit und Gleichberechtigung der Geschlechter. Dafür ist es
414 notwendig, dass insbesondere Väter gleichermaßen Verantwortung und Sorgearbeit in der
415 Familie übernehmen. Alleinerziehende dürfen dabei gegenüber Paaren nicht benachteiligt
416 werden. Von Diskriminierungen am Arbeitsmarkt Betroffene wollen wir stärken, unter anderem
417 mit einem Verbandsklagerecht, dem Ausbau entsprechender Rechtsberatung und durch ein
echtes
418 Recht auf die Rückkehr in Vollzeit, das auch für kleinere Betriebe gilt. Damit Eltern nicht
419 aufgrund der Tatsache, dass sie Kinder haben, in der Arbeitswelt benachteiligt werden,
420 werden wir notwendige Maßnahmen inklusive erforderlicher Gesetzesänderungen ergreifen.

421 **Gleichberechtigung auch bei der Steuer**

422 Das deutsche Steuerrecht steckt noch im letzten Jahrhundert fest. Während sich viele Paare
423 Familien- und Erwerbsarbeit gleichberechtigter aufteilen, als es noch vor Jahren der Fall
424 war, gilt bei der Steuer nach wie vor das Modell eines männlichen Ernährers und einer Frau,
425 die höchstens dazuverdient und sich hauptsächlich um Haushalt und Kinder kümmert. Dieses
426 Modell ist ungerecht, weil es Ehen privilegiert, Ein-Eltern-Familien (Alleinerziehende) und
427 nicht verheiratete Paare außen vor lässt, die Erwerbstätigkeit von Frauen hemmt und Frauen
428 gleichzeitig nicht wirklich absichert. In Krisen bekommen vor allem Frauen die Nachteile zu
429 spüren, zum Beispiel durch weniger Kurzarbeiter- oder Arbeitslosengeld. Im Zusammenspiel mit
430 Minijobs und der kostenlosen Mitversicherung wirken sich diese Maßnahmen negativ auf die
431 Erwerbstätigkeit von Frauen aus. Deshalb wollen wir für neu geschlossene Ehen eine
432 individuelle Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Bei der Lohnsteuer
433 soll die/der heute über Gebühr belastete Zweitverdiener*in entlastet werden, indem das
434 Faktorverfahren zur Regel und die Steuerklasse 5 für Zuverdiener*innen abgeschafft wird. So
435 sorgen wir dafür, dass gleichberechtigte Lebensentwürfe nicht länger benachteiligt werden.
436 Paare, die bereits verheiratet sind, können sich entscheiden, ob sie sich einzeln veranlagen
437 oder weiterhin das Ehegattensplitting nutzen wollen. Zugleich stärken wir mit der
438 Kindergrundsicherung Familien. Alleinerziehende, die heute am stärksten von Armut betroffen
439 sind, entlasten wir mit einer Steuergutschrift.

440 **Wir sichern die sozialen Netze**

441 **Garantiesicherung statt Hartz IV**

442 Jeder Mensch hat das Recht auf soziale Teilhabe, auf ein würdevolles Leben ohne
443 Existenzangst. Deswegen wollen wir Hartz IV überwinden und ersetzen es durch eine
444 Garantiesicherung. Sie schützt vor Armut und garantiert ohne Sanktionen das soziokulturelle
445 Existenzminimum. Sie stärkt so Menschen in Zeiten des Wandels und kann angesichts großer
446 Veränderungen der Arbeitswelt Sicherheit geben und Chancen und Perspektiven für ein
447 selbstbestimmtes Leben eröffnen. Die grüne Garantiesicherung ist eine Grundsicherung, die
448 nicht stigmatisiert und die einfach und auf Augenhöhe gewährt wird. Das soziokulturelle
449 Existenzminimum werden wir neu berechnen und dabei die jetzigen Kürzungstricks beenden. In
450 einem ersten Schritt werden wir den Regelsatz um mindestens 50 Euro und damit spürbar
451 anheben. Die Leistungen der Garantiesicherung wollen wir schrittweise individualisieren. Die
452 Anrechnung von Einkommen werden wir deutlich attraktiver gestalten, sodass zusätzliche
453 Erwerbstätigkeit immer zu einem spürbar höheren Einkommen führt. Jugendliche in
454 leistungsempfangenden Familien sollen ohne Anrechnung Geld verdienen dürfen. Vermögen

werden

455 künftig unbürokratischer und mit Hilfe einer einfachen Selbstauskunft geprüft. Das
456 Schonvermögen wird angehoben. Wir streben an, die soziale Sicherung schrittweise weiter zu
457 vereinfachen, indem wir die existenzsichernden Sozialleistungen zusammenlegen und ihre
458 Auszahlung in das Steuersystem integrieren. Wir begrüßen und unterstützen Modellprojekte, um

459 die Wirkung eines bedingungslosen Grundeinkommens zu erforschen. Durch die Abschaffung
der
460 bürokratischen und entwürdigenden Sanktionen schafft die Garantiesicherung Raum und Zeit in

461 den Jobcentern für wirkliche Arbeitsvermittlung und Begleitung. Wir brauchen einen
462 Perspektivenwechsel bei der Arbeitsförderung mit ausreichend Personal, um der
463 Unterschiedlichkeit der langzeitarbeitslosen Menschen gerecht zu werden. Notwendig sind
464 intensive Betreuung, individuelle Unterstützung und anstelle eines Vermittlungsvorrangs in
465 prekäre Arbeit wollen wir einen Vorrang für Ausbildung und Qualifizierung. Wichtig ist
466 insbesondere soziale Teilhabe durch einen dauerhaften sozialen und inklusiven Arbeitsmarkt,
467 der niedrigschwellig und bedarfsgerecht ausgestaltet ist und von dem die
468 Langzeitarbeitslosen auch aufgrund einer guten Begleitung vielfältig profitieren.

469 **Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit** 470 **Behinderungen**

471 Menschen mit Behinderungen haben das Recht auf gleichberechtigte Teilhabe und auf Schutz
vor
472 Diskriminierung in allen Bereichen der Gesellschaft. Auf Basis der UN-
473 Behindertenrechtskonvention und des Grundsatzes der Selbstbestimmung werden wir Inklusion
474 vorantreiben und wollen deren verbindliche Umsetzung mit einer Enquete-Kommission
begleiten.
475 Leistungen zur Teilhabe müssen in jeder Phase allgemeiner, beruflicher und hochschulischer
476 Bildung gewährt sein. Wir wollen einen inklusiven Arbeitsmarkt schaffen und dafür
477 Arbeitgeber*innen, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen, besser unterstützen. Die
478 Selbstvertretungsstrukturen werden wir stärken und absichern. Arbeitgeber*innen, die
479 hingegen nicht genügend schwerbehinderte Menschen beschäftigen, sollen eine höhere
480 Ausgleichsabgabe zahlen, die wir in die Förderung inklusiver Beschäftigung investieren
481 werden. Wir wollen das heutige Werkstattssystem zu einem System von Inklusionsunternehmen
482 weiterentwickeln, in dem Menschen mit Behinderungen über die Inanspruchnahme von
483 bedarfsgerechten Nachteilsausgleichen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung
484 mindestens auf Mindestlohniveau ermöglicht wird. Wir werden Arbeitnehmer*innen-Rechte
485 sicherstellen und fördern den Wechsel in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Die
486 Tagesförderstätten wollen wir in diesen Prozess mit einbeziehen. Das Budget für Arbeit
487 werden wir ausbauen und Menschen, die es nutzen, in der Arbeitslosenversicherung absichern.
488 Auszubildende und Studierende mit Behinderung erhalten bei Auslandsaufenthalten ein Budget
489 zur Deckung ihrer Bedarfe, das den Leistungen entspricht, die sie im Inland erhalten. Unser
490 Ziel ist es, das Bundesteilhabegesetz weiterzuentwickeln und Teilhabe zu garantieren – kein
491 Poolen von Leistungen gegen den Willen der Betroffenen, echtes Wunsch- und Wahlrecht,
492 Leistungen unabhängig vom Einkommen und Vermögen der Leistungsberechtigten und ein
493 Bundesteilhabegeld. Anträge auf Teilhabeleistungen sollen einfach und unbürokratisch sein
494 und Entscheidungen im Sinne der Menschen mit Behinderung schnell erfolgen.

495 Gemeinsame soziale Mindeststandards in der EU

496 Wir treten ein für eine Europäische Union, die soziale Absicherung und Mindeststandards EU-
497 weit garantiert. Soziale Rechte müssen den gleichen Stellenwert erhalten wie die
498 wirtschaftlichen Freiheiten des Binnenmarkts. Dafür sind gemeinsame europäische Arbeits- und
499 Sozialstandards essentiell. Wir machen uns für eine europäische Grundsicherungsrichtlinie
500 stark, die soziale Mindeststandards für jedes Land festlegt, angepasst an die jeweilige
501 ökonomische Situation. Länderspezifische Mindestlöhne sollen überall in der EU dafür sorgen,
502 dass Menschen von ihrer Arbeit leben können. Das in der Corona-Krise eingeführte europäische
503 Kurzarbeitsprogramm wollen wir verstetigen. Zur Stabilisierung im Falle von Krisen setzen
504 wir uns für die Einführung einer europäischen Arbeitslosenrückversicherung ein. Wir wollen
505 die europäischen Betriebsräte stärken und die Mitbestimmung in grenzüberschreitenden
506 Unternehmen weiter absichern durch gestärkte Informationsrechte und verschärfte Sanktionen.
507 Unser langfristiges Ziel ist, dass die in der Europäischen Grundrechtecharta verankerten
508 sozialen Rechte als Grundrechte gegenüber den Mitgliedstaaten vor dem Europäischen
509 Gerichtshof einklagbar sind.

510 Eine verlässliche Alterssicherung für alle

511 Die langfristige Sicherung des Rentenniveaus bei mindestens 48 Prozent hat für uns hohe
512 Priorität. Bei einem weiteren Absinken wären immer mehr Menschen auf Grundrente
angewiesen
513 und die Akzeptanz der gesetzlichen Rente wäre gefährdet. Um das Rentenniveau zu sichern,
514 wollen wir die Frauenerwerbstätigkeit unter anderem durch ein Recht auf Rückkehr in Vollzeit
515 erhöhen, ein echtes Einwanderungsgesetz schaffen und die Beschäftigungssituation älterer
516 Arbeitnehmer*innen verbessern. Um die Belastungen der Versicherten und der
Arbeitgeber*innen
517 zu begrenzen, sollen bei Bedarf die Steuerzuschüsse erhöht werden. Prekäre Beschäftigung
518 muss überwunden werden, denn nur armutsfeste Löhne führen auch zu einer auskömmlichen
Rente.
519 Die gesetzliche Rentenversicherung wollen wir schrittweise zu einer Bürger*innenversicherung
520 weiterentwickeln, in die perspektivisch alle einbezogen werden, damit alle gut abgesichert
521 sind. In einem ersten Schritt zu einer Bürger*innenversicherung sorgen wir dafür, dass
522 Selbständige ohne obligatorische Absicherung, zum Beispiel in berufsständischen
523 Versorgungswerken, und Abgeordnete verpflichtend in die gesetzliche Rentenversicherung
524 aufgenommen werden. Dabei werden bereits bestehende private Altersvorsorgeformen sowie
525 Altersgrenzen berücksichtigt. Um Altersarmut zu verhindern, werden wir die Grundrente
526 reparieren und zu einer echten Garantierente weiterentwickeln, die deutlich mehr Menschen
527 als bisher einbezieht und finanziell besserstellt. Wir führen darüber hinaus eine von den
528 Arbeitgeber*innen finanzierte Mindestbeitragsbemessungsgrundlage ein, mit der
529 vollzeitbeschäftigte Geringverdienende bei langjähriger Beschäftigung im Alter eine
530 auskömmliche Rente erhalten. Grundsätzlich halten wir an der Rente mit 67 fest. Wir wollen
531 es Menschen aber leichter machen, selbst darüber zu entscheiden, wann sie in Rente gehen
532 wollen, auch über die Regeleintrittsgrenze hinaus.

533 Ein Bürger*innenfonds für die Rente

534 Eine kapitalgedeckte Altersvorsorge kann das Umlagesystem sinnvoll ergänzen. Die Riester-
535 Rente hat sich aber als ein völliger Fehlschlag herausgestellt und die Rürup-Rente hat
536 gravierende Schwächen. Die Produkte sind teuer und undurchschaubar und haben zum Teil eine

537 geringere Rendite als Omas Sparstrumpf. Profitabel sind sie oft nur für die
538 Versicherungswirtschaft oder dank der öffentlichen Förderung. Deswegen haben bei weitem
539 nicht alle davon Gebrauch gemacht. Wir wollen die Riester- und die Rürup-Rente durch einen
540 öffentlich verwalteten Bürger*innenfonds ersetzen. Die öffentliche Zulagenförderung der
541 privaten Altersvorsorge werden wir reformieren und auf niedrige und mittlere Einkommen
542 fokussieren. Für Menschen mit einem bestehenden Riestervertrag besteht, falls von ihnen
543 gewünscht, Bestandsschutz. Der Fonds kann langfristig orientiertes Eigenkapital für die
544 Wirtschaft
545 bereitstellen. In den Bürger*innenfonds zahlen alle ein, die nicht aktiv widersprechen. So
546 wird ein Volumen geschaffen, das die Verwaltungskosten gering hält, die Risiken breit streut
547 und auf teure Garantien verzichten kann. Der Bürger*innenfonds wird öffentlich und politisch
548 unabhängig verwaltet und investiert anhand von ESG-Nachhaltigkeitskriterien. Er investiert
549 langfristig und hilft so, die Kurzfristorientierung der Märkte zu überwinden. So bietet er
550 das Potenzial einer guten Rendite. Arbeitgeber*innen sollen künftig eine betriebliche
551 Altersvorsorge anbieten, einen eigenen Finanzierungsbeitrag leisten und den
552 Bürger*innenfonds als Standard dafür nutzen können. Um es kleinen Unternehmen einfacher zu
553 machen, eine betriebliche Altersvorsorge anzubieten, wollen wir die reine Beitragsgarantie
554 für kleine Unternehmen einführen, sie bei der Haftung entlasten und so für eine bessere
555 Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge sorgen. Zusätzlich wollen wir erreichen, dass
556 Selbständige vergleichbare Chancen auf eine angemessene Altersversorgung haben wie
557 abhängig Beschäftigte.

558 **Wir geben Gesundheit und Pflege einen neuen Wert**

559 **Vorsorge als Leitprinzip**

560 Wir wollen den Zugang zu guter Gesundheitsversorgung von der Kindheit bis ins hohe Alter
561 sicherstellen – aber gute Gesundheitspolitik umfasst mehr. Wer in der Fleischindustrie unter
562 prekären Bedingungen arbeitet, in einer schimmeligen Wohnung oder an einer vielbefahrenen
563 Straße wohnt oder mit Hartz IV in Armut lebt, kann seine Gesundheit nur schwer schützen, hat
564 eine höhere Wahrscheinlichkeit zu erkranken und oft einen schlechteren Zugang zur
565 Gesundheitsversorgung. Für eine gesunde Gesellschaft braucht es eine Politik, die vorsorgt,
566 die die Ursachen von Krankheiten bekämpft, Präventionsforschung fördert und vorausschauend
567 handelt. Statt nur auf die nächste Krise zu reagieren, sollen in Zukunft durch gemeinsame
568 Gesundheitsziele und eine Ausweitung der Gesundheitsberichterstattung Krankheitsursachen
569 und
570 der Stand der gesundheitlichen Versorgung in den Blick genommen werden. Prävention,
571 Gesundheitsförderung und gesundheitliche Versorgung wollen wir grundsätzlich als
572 Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen verfolgen.

572 **Für Pandemien gewappnet sein**

573 Die Corona-Krise hat gezeigt, dass unser Gesundheitssystem für künftige Pandemien besser
574 gewappnet sein muss. Deshalb stoßen wir eine umfassende Analyse des
575 Pandemiemanagements an.
576 Spätestens jetzt ist der Moment, längst überfälligen Wandel einzuleiten, beispielsweise die
577 Krankenhaus- und Notfallversorgung zu reformieren und die Digitalisierung, insbesondere in

577 den Gesundheitsämtern, beherzt voranzutreiben. Um Pandemien zukünftig effektiv und
578 nachvollziehbar zu bekämpfen, sollen Stufen zur Eindämmung von Pandemien im
579 Infektionsschutzgesetz definiert, Pandemieschutzpläne aktualisiert und soll ein unabhängiger
580 und interdisziplinärer Pandemierat eingerichtet werden. Getroffene Maßnahmen müssen
581 evidenzbasiert und verhältnismäßig sein. Mit einer klaren Kommunikationsstrategie sollen den
582 Bürger*innen Datengrundlagen, Entscheidungsgründe und -wege transparent gemacht werden.
Wir

583 investieren in Gesundheitsforschung, zum Beispiel bei Medikamenten, Impfstoffen oder der
584 Entwicklung neuer Testverfahren. Dort, wo es keine ausreichenden Anreize für die
585 Therapieentwicklung gibt, wie zum Beispiel bei Antibiotika oder antiviralen Medikamenten,
586 schaffen wir alternative Anreizsysteme. Auch die Produktion von Medikamenten und
587 Medizinprodukten soll – in europäischer Kooperation – vorangetrieben werden, die Versorgung,
588 zum Beispiel mit Atemschutzmasken, durch eigene Produktionsstandorte sichergestellt werden.
589 Die Universitätsmedizin werden wir angesichts ihrer wichtigen Rolle in der
590 Pandemiebekämpfung weiter stärken – von der Spitzenforschung über die Vernetzung bei Daten

591 und Digitalisierung bis zur Versorgung per Telemedizin im ländlichen Raum. Auf europäischer
592 Ebene braucht es mehr gemeinsame Strategie und Koordinierung, etwa durch die gemeinsame
593 Planung und Nutzung medizinischer Notfallkapazitäten oder durch ein europäisches
594 Frühwarnsystem und die gemeinsame Erhebung und Nutzung relevanter Daten. Daher setzen
wir

595 uns für den zügigen Aufbau von HERA ein, einer EU-Behörde, die künftig staatliche und
596 privatwirtschaftliche Aktivitäten besser koordinieren soll. Das Europäische Zentrum für die
597 Prävention und Kontrolle von Krankheiten wollen wir stärken und uns für eine engere
598 Kooperation mit nationalen Gesundheitsbehörden einsetzen.

599 **Gesundheitsämter stärken**

600 Nicht erst in der Corona-Pandemie wird sichtbar, dass wir als Gesellschaft größere
601 Anstrengungen unternehmen müssen, um die öffentliche Gesundheit zu stärken und Menschen
ein
602 gutes Leben zu ermöglichen. Ob der Besuch der mobilen Zahnärzt*innen in der Schule oder die
603 Impfkation im Pflegeheim – für Gesundheitsförderung, die Menschen unkompliziert erreicht,
604 braucht es eine Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Unser Ziel ist es, im
605 Zusammenspiel zwischen den Gesundheitsdiensten der Länder und Kommunen, Strukturen der
606 öffentlichen Gesundheitsfürsorge an Universitäten und Hochschulen und einem neu zu
607 schaffenden Bundesinstitut für Gesundheit gemeinsam eine starke Säule der öffentlichen
608 Gesundheitsfürsorge aufzubauen. Das Institut soll gemeinsame, langfristige Gesundheitsziele
609 entwickeln, zur Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens berichten, die Qualität und
610 Koordination der Gesundheitsdienste sichern und als zentrales Public-Health-Organ durch die
611 Bündelung bestehender Strukturen des Bundes zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung
612 beitragen. Bisher sind die Gesundheitsämter chronisch unterfinanziert und unterbesetzt, die
613 personelle und technische Ausstattung muss dauerhaft verbessert werden. Wir wollen deshalb,
614 dass Bund und Länder gemeinsam dafür sorgen, dass die Mittel für den Öffentlichen
615 Gesundheitsdienst schrittweise auf mindestens 1 Prozent der Gesundheitsausgaben angehoben
616 werden,
617 sodass er seine Aufgaben des Gesundheitsschutzes und der Gesundheitsförderung dauerhaft
618 wahrnehmen kann. Die Gesundheitsdienste wollen wir stärker in die Gesundheitsförderung und

619 Prävention in den Lebenswelten vor Ort einbinden. Die Mitarbeiter*innen im Öffentlichen
620 Gesundheitsdienst, insbesondere Amtsärzt*innen, müssen vergleichbar zu anderen
621 Beschäftigungsverhältnissen im Gesundheitswesen bezahlt werden. Auch pflegerische
622 Fachkompetenz soll stärker eingebunden werden – als sogenannte Community Health Nurses
oder
623 in der Schulgesundheitspflege.

624 **Gute gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land**

625 Gesundheit ist Daseinsvorsorge. Wir wollen, dass Menschen im ganzen Land gut und verlässlich
626 versorgt werden. Viele niedergelassene Ärzt*innen, Hebammen, Heilmittelerbringer*innen und
627 andere medizinische Fachkräfte arbeiten jeden Tag hart daran, diese Versorgung zu
628 ermöglichen. Doch wenn mancherorts der Weg zur Hebamme kaum zu bewältigen ist, die
629 Kinderstationen Patient*innen abweisen müssen oder Hausarztpraxen auf dem Land schließen
630 müssen, weil ein*e Nachfolger*in fehlt, gefährdet das die gesundheitliche Versorgung. Wir
631 wollen die Primärversorgung durch Hausärzt*innen und weitere Gesundheitsberufe weiter
632 stärken. Um die Versorgung in Stadt und Land sicherzustellen, wollen wir, dass ambulante und
633 stationäre Angebote in Zukunft übergreifend geplant werden und etwa regionale
634 Versorgungsverbünde mit enger Anbindung an die Kommunen gefördert werden. Perspektivisch
635 soll es eine gemeinsame Abrechnungssystematik für ambulante und stationäre Leistungen
geben.

636 Außerdem heben wir die strikte Trennung der ambulanten Gebührenordnungen EBM und GOÄ
auf.

637 Auch die zahnmedizinische Regelversorgung in der GKV muss regelmäßig an den aktuellen
Stand

638 der Wissenschaft angepasst werden. Gleichzeitig wollen wir die interdisziplinäre
639 Zusammenarbeit

640 zwischen den Gesundheitsberufen stärken. Denn die Versorgung muss von den Patient*innen
aus

641 gedacht werden. Dafür wollen wir insbesondere die Einrichtung von gemeinwohlorientierten
642 regionalen Gesundheitszentren unterstützen, in denen alle Gesundheitsberufe unter
643 gemeinsamer Trägerschaft auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Die Aufgabenverteilung im
644 Gesundheitswesen werden wir so reformieren, dass nichtärztliche Gesundheits- und
645 Pflegeberufe mehr Tätigkeiten sowie die Verordnung von Hilfsmitteln und pflegenahen
646 Produkten eigenverantwortlich übernehmen können. Bei nachgewiesener Qualifikation wollen
wir

647 den Direktzugang für Therapeut*innen. Die Arbeitsbedingungen in und die Vergütung von
648 Therapieberufen müssen dringend ihrer wichtigen Rolle im Gesundheitswesen angepasst, das
649 Schulgeld für diese Ausbildungen muss abgeschafft werden. Die Ausbildung in den
650 Therapieberufen muss in regulären Studiengängen möglich sein.

651 **Krankenhäuser nach gesellschaftlichem Auftrag finanzieren**

652 In Krankenhäusern sollen alle die Versorgung erhalten, die sie benötigen. Doch falsche
653 politische Weichenstellungen und der daraus folgende ökonomische Druck haben zu
Fehlanreizen

654 zu Lasten des Patient*innenwohls und zu Kosteneinsparungen zu Lasten des Personals geführt.

655 Es braucht eine verbindlichere Landeskrankenhausplanung, die die öffentlichen

656 Versorgungsinteressen an Grund-, Schwerpunkt- und Maximalversorgung definiert. Der Bund

soll

657 die Möglichkeit haben, dafür gemeinsame bundesweite Grundsätze für die Krankenhausplanung
658 zu

659 definieren. Welche Angebote es vor Ort gibt, darf nicht davon abhängen, was sich rentiert
660 oder was sich Träger noch leisten können, sondern muss sich danach richten, was nötig ist.

661 Dabei hat die flächendeckende, erreichbare Grundversorgung der Bevölkerung einen eigenen
662 Stellenwert. Die Gemeinwohlorientierung im Gesundheitswesen soll gestärkt und der Trend hin
663 zu Privatisierung umgekehrt werden. Die Konzentration auf ertragreiche Angebote muss ein
664 Ende haben. Kliniken sollen deshalb in Zukunft nicht mehr nur nach Fallzahl, sondern auch
665 nach ihrem gesellschaftlichen Auftrag finanziert werden. Dafür braucht es ein neues
666 Finanzierungssystem, das eine starke Säule der Strukturfinanzierung beinhaltet, sodass
667 Entscheidungen danach getroffen werden, was das Beste für Patient*innen und Beschäftigte ist
668 – und eine bürokratiearme Kostenkontrolle dem nicht zuwiderläuft. Vorgaben zur
669 Personalbemessung, Behandlungs- und Versorgungsqualität sichern eine qualitativ hochwertige
670 und bedarfsgerechte Versorgung. Die seit Jahren zunehmende Lücke in der staatlichen
671 Investitionsfinanzierung wollen wir durch eine gemeinsame Finanzierung durch Bund und
672 Länder

671 schließen. Organspende rettet Leben. Wir wollen die Strukturen bei der Organisation und
672 Qualität der Organspende in den Kliniken und des Transplantationsregisters weiter
673 verbessern.

674 **Notfallversorgung reformieren**

675 Wie gut ein Gesundheitssystem funktioniert, zeigt sich oft erst im Notfall – und dann wird
676 es häufig ernst. Damit die Notfallversorgung in Deutschland besser funktioniert, muss sich
677 einiges ändern. Das fängt beim Rettungsdienst an, der Menschen in Not heute umfassender
678 medizinisch behandeln kann und deshalb wie die übrige Gesundheitsversorgung im Gesetz
679 geregelt werden muss. Die Notrufleitstellen der Nummern 112 und 116117 müssen
680 organisatorisch zusammengeführt werden, damit es im Zweifelsfall keine Rolle spielt, wo
681 Menschen anrufen, sondern sie nach einer standardisierten Notrufabfrage immer die passende
682 Hilfe bekommen. Deshalb wollen wir diese Notrufleitstellen zu Gesundheitsleitstellen
683 verbinden, die rund um die Uhr eine verlässliche Lotsenfunktion übernehmen. An zentralen
684 Klinikstandorten soll in Notfallzentren eine nahtlose Verzahnung der bislang getrennten
685 ambulanten und stationären Versorgungsmöglichkeiten der Notfallversorgung erfolgen. Gerade
686 nachts und am Wochenende sollen diese personell so unterstützt werden, dass Patient*innen in
687 weniger ernstesten Situationen auch ambulant gut versorgt werden können. Durch eigene Budgets

688 für die Notfall- und Intensivmedizin sowie einheitliche Stufen und Vorgaben zur
689 Notfallversorgung wollen wir sicherstellen, dass Menschen in Not, in der Stadt und auf dem
690 Land, stets die erwartbare Hilfe auch verlässlich vorfinden.

691 **Versorgung psychisch Erkrankter verbessern**

692 Starke Prävention und angemessene Versorgung – für beides wollen wir die Weichen stellen,
693 denn seelische Gesundheit ist Fundament für Lebensqualität, soziale Teilhabe und körperliche
694 Gesundheit und mehr als nur Abwesenheit psychischer Krankheiten. Es ist nicht zumutbar, dass
695 viele Menschen in einer psychischen Krise monatelang auf therapeutische Hilfe warten müssen.
696 Wer eine psychische Erkrankung hat, braucht schnelle und leicht zugängliche Hilfen, damit
697 das Leid sich nicht verschlimmert. Stigmatisierungen, zum Beispiel am Arbeitsplatz, muss

698 vorgebeugt werden. Flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung mit ambulanten und
 699 stationären Therapie- sowie Hilfs- und Beratungsangeboten, zum Beispiel auch für
 700 Suizidprävention oder bei Abhängigkeiten, ist zentral. Wir wollen ambulante
 701 Psychotherapieplätze durch mehr Kassenzulassungen von Psychotherapeut*innen schaffen. Es
 702 braucht eine gemeindenahe und personenzentrierte Versorgung und eine verbesserte,
 703 sektorübergreifende Zusammenarbeit. Dabei müssen auch die Besonderheiten der Versorgung
 von
 704 Kindern und Jugendlichen, von LSBTIQ*, geflüchteten und traumatisierten Menschen sowie von
 705 Frauen, die von Gewalt betroffen sind, berücksichtigt werden. Behandlungen unter Zwang
 706 müssen auf ein unumgängliches Mindestmaß reduziert werden. Dafür braucht es eine
 707 systematische Dokumentation und die konsequente Patient*innenorientierung des
 708 therapeutischen Angebots. Hilfsangebote zwischen ambulanter und stationärer Behandlung
 709 müssen flexibler werden und die verschiedenen Berufsgruppen im Team eine miteinander
 710 abgestimmte Behandlung übernehmen können. Bei der unzureichenden
 711 Reform der Psychotherapie-Ausbildung muss nachgebessert werden, unter anderem damit
 712 angehende
 713 Psychotherapeut*innen endlich unter guten Bedingungen ausgebildet werden.

714 **Geburtshilfe verbessern, Gesundheit von Frauen stärken**

715 Eine gute Geburtshilfe stellt das Wohl von Gebärenden und Kindern in den Mittelpunkt. Um den
 716 notwendigen Kulturwandel zu schaffen, sollen Hebammen und andere Akteur*innen bei einem
 717 Geburtshilfegipfel Qualitätsstandards, orientiert an dem Gesundheitsziel „Gesundheit rund um
 718 die Geburt“, entwickeln. Dazu gehören neben der 1:1-Betreuung die Wahlfreiheit des
 719 Geburtsortes, die Sicherstellung wohnortnaher Versorgung, die Sensibilisierung für Gewalt in
 720 der Geburtshilfe und die Etablierung eines Betreuungsbogens vor, während und nach der
 721 Geburt. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und den Hebammenberuf zu stärken,
 sind
 722 außerdem eine Reform der Haftpflicht für Gesundheitsberufe, die Aufnahme der
 723 Rufbereitschaftspauschale in den Katalog der Kassenleistungen, der erleichterte
 724 nachträgliche akademische Titelerwerb für ausgebildete Hebammen. und der Ausbau
 725 hebammengeführter Kreißsäle und Geburtshäuser nötig. Finanzielle Fehlanreize für einen
 726 medizinisch nicht notwendigen Kaiserschnitt darf es nicht geben. Wir wollen das
 727 Gesundheitssystem geschlechtergerecht machen. Geschlechtsspezifische Aspekte in Forschung
 728 und Ausbildung und in der medizinischen Praxis werden nicht ausreichend berücksichtigt, etwa
 729 bei der Medikamentenforschung. Das gefährdet die Gesundheit von Frauen wie auch von Trans*-

730 und Inter*-Menschen. Die Forschung zu geschlechtsspezifischer Medizin und Pflege sowie
 731 Frauengesundheit muss sichergestellt, in der medizinischen und pflegerischen Praxis
 732 umgesetzt und in der Ausbildung verankert werden. Damit einhergehend muss gezielter in die
 733 Forschung und Weiterentwicklung von Verhütungsmitteln für alle Geschlechter investiert
 734 werden. Mit Hilfe einer paritätischen Frauenquote für Führungspositionen im Gesundheitswesen
 735 und durch bessere Arbeitsbedingungen holen wir mehr Frauen in die Führungsgremien unseres
 736 Gesundheitswesens.

737 **Zugang zum Gesundheitssystem sichern, Diskriminierung beenden**

738 Auch im Gesundheitswesen wollen wir Diskriminierung bekämpfen. Beispielsweise erhalten
 739 Menschen mit Behinderungen häufig nicht alle dringend benötigten Gesundheitsleistungen,

740 Hilfsmittel oder häusliche Pflege und werden so in ihrer Teilhabe beschränkt. Deshalb wollen
741 wir mit einem ressortübergreifenden Inklusionsplan diese Hürden umfassend abbauen, die
742 Gesundheitsleistungen auf die jeweiligen Bedarfe gezielt ausrichten und bürokratische
743 Vorgänge so weit wie möglich reduzieren. Das umfasst auch verpflichtende Vorgaben zur
744 Barrierefreiheit bei der Bedarfsplanung und eine Reform der Heilmittelversorgung. Das
745 Gesundheitswesen muss insgesamt inklusiv gestaltet werden, unter anderem auch in der
Aus-
746 und Fortbildung des Personals. Auch für LSBTIQ* muss diskriminierungsfreie
747 Gesundheitsversorgung gesichert sein. Dafür werden wir den Anspruch auf medizinische
748 Maßnahmen für Trans*- und Inter*-Menschen gesetzlich verankern. Die bestehenden Lücken
beim
749 Verbot sogenannter „Konversionstherapien“ werden wir schließen. Wir wollen die
750 Aufklärungsarbeit über HIV und aktuelle Behandlungs- und Präventionsmöglichkeiten bei
751 Ärzt*innen stärker in Aus-, Fort- und Weiterbildung berücksichtigen, um Stigmatisierung
752 vorzubeugen. Der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung muss auch für Menschen ohne
753 Krankenversicherungsschutz oder Wohnungslose und unabhängig vom Aufenthaltsstatus
754 gewährleistet sein. Das gilt auch für Unionsbürger*innen und Menschen, die ohne Papiere in
755 Deutschland leben, etwa durch einen anonymen Krankenschein, die Abschaffung der
Mitteilungs-
756 und Unterrichtungspflichten an öffentlichen Stellen oder die Stärkung von
757 Beratungsnetzwerken für Menschen ohne Papiere. Damit Sprache keine unüberwindbare Hürde
758 darstellt, wollen wir einen Anspruch auf qualifizierte Sprachmittlung im SGB V schaffen. Die
759 erleichterte Abschiebung von erkrankten und traumatisierten Geflüchteten wollen wir
760 zurücknehmen und die Anerkennung von psychotherapeutischen Gutachten im Verfahren
wieder
761 ermöglichen.

762 **Auf dem Weg zur Bürger*innenversicherung für Gesundheit und Pflege**

763 Gesetzlich Versicherte warten länger auf Termine bei Fachärzt*innen und viele privat
764 Versicherte können sich die hohen Prämien nicht mehr leisten. Von dieser Zwei-Klassen-
765 Medizin profitieren wenige, zum Nachteil vieler. Unser Ziel ist eine solidarisch finanzierte
766 Bürger*innenversicherung, in der jede*r unabhängig vom Einkommen die Versorgung bekommt,
die
767 er oder sie braucht. Dafür wollen wir in der nächsten Wahlperiode die Weichen stellen. Mit
768 der Bürger*innenversicherung wollen wir alle in die Finanzierung eines leistungsstarken
769 Versicherungssystems einbeziehen und so auch vor dem Hintergrund künftiger
770 Kostensteigerungen im Gesundheitswesen für eine stabile und solidarische Lastenteilung
771 sorgen. Auch Beamt*innen, Selbständige, Unternehmer*innen und Abgeordnete beteiligen sich
772 mit einkommensabhängigen Beiträgen, ohne fiktive Mindesteinkommen. Die Beiträge sollen auf
773 alle
774 Einkommensarten erhoben werden, zum Beispiel neben Löhnen und Gehältern auch auf
775 Kapitaleinkommen. Wir verbessern die Versorgung gesetzlich Versicherter – zum Beispiel bei
776 der Erstattung von Brillen. Außerdem wollen wir die Benachteiligung gesetzlich Versicherter
777 Beamt*innen durch einen beihilfefähigen Tarif beenden und privat Versicherte, die sich nur
778 den Basistarif leisten können, besser absichern. Für gesetzlich Versicherte mit
779 Beitragsschulden wollen wir die vollwertige Rückkehr in die Krankenkasse erleichtern und wir

780 wollen die Absicherung von gering verdienenden Selbständigen in der Krankenversicherung
781 verbessern, um sie nicht durch zu hohe Beiträge finanziell zu überfordern.

782 **Patient*innenrechte stärken**

783 Für uns stehen die Bedürfnisse der Patient*innen und Pflegebedürftigen und der Nutzen für
784 sie im Mittelpunkt. Sie sollen von Zuschauer*innen zu Beteiligten in unserem
785 Gesundheitswesen werden. Dazu wollen wir die Möglichkeiten der Patient*innen- und
786 Versichertenvertretung in den Gremien des Gesundheitswesens ausbauen, insbesondere auch
787 durch ein eigenes unparteiisches Mitglied im Gemeinsamen Bundesausschuss, größere
788 Beteiligungs- und Informationsrechte und eine Reform der Sozialwahlen. Patient*innen sollen
789 selbstbestimmt und auf informierter Grundlage Entscheidungen treffen und bei Problemen ihre
790 Rechte wirksam und zeitnah durchsetzen können, etwa gegenüber ihrer Krankenkasse. Wir
wollen
791 mehr Qualitätstransparenz im Gesundheitswesen und setzen uns für die Gründung einer von
den
792 Patient*innen- und Selbsthilfeorganisationen getragenen Stiftung ein, die der Unabhängigen
793 Patientenberatung eine verlässliche und gemeinnützige neue Heimat gibt. Die
794 Patient*innensicherheit wollen wir voranbringen. Opfer von Behandlungsfehlern müssen
795 leichter
796 Entschädigungen erhalten und Strukturen zur Fehlervermeidung flächendeckend eingeführt
797 werden.

798 **Digitalisierung verbessert Gesundheitsversorgung**

799 Wir wollen die Chancen der Digitalisierung – ob Robotik zur Unterstützung in der Pflege,
800 Telemedizin oder die elektronische Patientenakte – nutzen, um das Gesundheitssystem
801 zukunftsfähig zu machen. Per App sollen Patient*innen sicher auf den digitalen Impfpass,
802 Gesundheitsinformationen wie die eigene Blutgruppe, die Krankheitsgeschichte oder die
803 neuesten Blutwerte zugreifen können. Zur Koordination all dieser Vorhaben wollen wir mit
804 allen Nutzer*innen des Gesundheitswesens eine Strategie für die Digitalisierung entwickeln.
805 Damit sie den Patient*innen wirklich nützt, muss die elektronische Patientenakte
806 weiterentwickelt werden und für alle Patient*innen einfach zugänglich und verständlich sein;
807 eine Informationskampagne soll Patient*innen auch unabhängig von sozialer Lage oder
808 digitaler Gesundheitskompetenz erreichen. Dabei sind unter anderem
809 Patient*innenorganisationen stärker einzubinden. Gesundheitsdaten sollen anonymisiert und wo
810 nötig pseudonymisiert der Wissenschaft zur Verfügung gestellt werden, um die
811 Gesundheitsversorgung in Deutschland zu verbessern. Eine Weitergabe der Daten erfolgt dabei
812 nicht gegen den Willen der Patient*innen. Die ärztliche Schweigepflicht und das
813 Patient*innengeheimnis müssen auch für digitalisierte Gesundheitsdaten jederzeit gewahrt
814 bleiben. Ihre eigenen Gesundheitsdaten müssen für Patient*innen barrierefrei und sicher
815 zugänglich sein. Es braucht eine dezentrale Forschungsdateninfrastruktur. Die Ergebnisse,
816 die aus weitergegebenen Gesundheitsdaten gewonnen werden, sollen der Allgemeinheit nach
dem
817 Open-Data-Prinzip zur Verfügung stehen. Alle von der Solidargemeinschaft finanzierten
818 digitalen Angebote müssen barrierefrei sein und den höchsten Ansprüchen an Datenschutz und
819 Datensicherheit genügen. Wir setzen uns für eine unabhängige Nutzenbewertung von digitalen
820 Gesundheitsanwendungen ein. Den Ausbau digitaler Infrastruktur und technischer

821 Assistenzsysteme in der Pflege wollen wir unterstützen. Um Sicherheit und Interoperabilität
822 zu gewährleisten und so zum Beispiel auch den administrativen Aufwand für medizinisches und
823 pflegerisches Personal zu verringern, sollen Hersteller von Medizinprodukten und Software
824 offene Schnittstellen anbieten, die sich an länderübergreifenden (Schnittstellen-)Standards
825 orientieren.

826

827 **Klimaschutz ist Gesundheitsschutz**

828 Dem Gesundheitswesen kommt bei der Bewältigung der Klimakrise eine besondere Bedeutung
zu,
829 etwa
830 durch die Anpassung an ein verändertes Krankheitsspektrum und an vermehrte
Extremwetterlagen
831 wie Hitzewellen. Unter diesen leiden heute schon vor allem ältere und armutsgefährdete
832 Menschen, auch Allergien und Erkrankungen beispielsweise der Haut treten vermehrt auf. Das
833 ist eine Herausforderung für das Gesundheitswesen, der wir durch mehr Vorsorge, eine bessere
834 Notfallversorgung, verstärkte Hilfen für besonders verletzbare Menschen wie etwa chronisch
835 Kranke begegnen wollen. Wir werden außerdem einen Sonderfonds zur Umsetzung von
836 Hitzeaktionsplänen schaffen. Gleichzeitig muss auch das Gesundheitswesen dazu beitragen,
837 CO₂-Emissionen zu verringern. Investitionen zum Beispiel in grüne Krankenhäuser und
838 Gesundheitszentren werden wir unterstützen. Umwelt- und Klimaschutz sollen auch bei der
839 Produktion von Arzneimitteln stärker beachtet und ein Qualitätsmerkmal bei Verträgen der
840 Krankenkassen werden. Die Verknüpfung von Klimaschutz und Gesundheit kann so zu einem
Motor
841 der Transformation hin zu mehr Nachhaltigkeit werden.

842 **Ambulante Pflege stärken**

843 Wer pflegebedürftig ist, hat die bestmögliche Pflege und Unterstützung für ein
844 selbstbestimmtes und würdevolles Leben verdient. Gerade in einer alternden Gesellschaft
845 braucht es dafür überall vielfältige, auf den Bedarf vor Ort angepasste pflegerische
846 Angebote, die auf die individuellen Bedürfnisse und biografischen Hintergründe der
847 Pflegebedürftigen eingehen. Statt weiterer Großeinrichtungen sind mehr ambulante Wohn- und
848 Pflegeformen nötig, zum Beispiel Angebote der Tages-, Kurzzeit- und Verhinderungspflege oder
849 Pflege-Wohngemeinschaften – eingebettet in ein Umfeld, das Menschen im Alter oder bei
850 Assistenzbedarf dabei unterstützt, aktiv am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Gerade im
851 ländlichen Raum können Community Health Nurses wie früher die Gemeindeschwestern eine
große
852 Stütze sein. So wird die Pflege auch für Angehörige einfacher. Dafür wollen wir die
853 rechtlichen Rahmenbedingungen für Quartierspflege schaffen und den Kommunen ermöglichen,

854 eine verbindliche Pflegebedarfsplanung vorzunehmen, um das Angebot an Pflege vor Ort zu
855 gestalten. Ein Bundesprogramm soll eine Anschubfinanzierung für Kommunen bereitstellen, die
856 sich hier auf den Weg machen. Leistungen der Pflegeversicherung sollen bedarfsgerecht,
857 wohnformunabhängig und als persönliches Budget verfügbar sein. Jemanden zu pflegen
verdient
858 unsere Anerkennung und die Unterstützung der Gesellschaft. Deshalb wollen wir Menschen, die
859 Verantwortung für Angehörige, Nachbar*innen oder Freund*innen übernehmen, mit der

PflegeZeit

860 Plus besonders unterstützen. Wir ermöglichen damit allen Erwerbstätigen eine
861 Lohnersatzleistung bei dreimonatigem Vollausstieg und dreijährigem Teilausstieg, die
862 pflegebedingte Arbeitszeitreduzierungen finanziell abfedert.

863 **Eine doppelte Pflegegarantie**

864 Pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen müssen immer mehr eigenes Geld für ihre
865 Versorgung aufbringen. Wir wollen, dass pflegebedürftige Menschen die für sie notwendigen
866 Pflegeleistungen erhalten, ohne von Armut bedroht zu sein. Mit einer doppelten
867 Pflegegarantie wollen wir die Eigenanteile schnell senken und dauerhaft deckeln. So
868 garantieren wir, dass die selbst aufzubringenden Kosten verlässlich planbar werden. Die
869 Pflegeversicherung soll alle über diesen Betrag hinausgehenden Kosten für eine
870 bedarfsgerechte (ambulante wie stationäre) Pflege tragen. Mit einer solidarischen Pflege-
871 Bürger*innenversicherung wollen wir dafür sorgen, dass sich alle mit einkommensabhängigen
872 Beiträgen an der Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen.

873 **Arbeitsbedingungen in der Pflege und der Gesundheitsversorgung**

874 **verbessern**

875 Pflegekräfte leisten einen unschätzbaren Beitrag für unsere Gesellschaft. Menschen, die im
876 Alter, aufgrund einer Behinderung oder bei Krankheit Unterstützung brauchen, wünschen sich
877 zu Recht Pflegekräfte, die sich professionell und mit Sorgfalt um sie kümmern können.
878 Aktuell müssen Beschäftigte in medizinischen Berufen zu oft über ihre Belastungsgrenzen
879 hinaus arbeiten. Unterbesetzung, Überstunden, physische und psychische Überforderung sind
880 Alltag, nicht nur in Pandemiezeiten. Darunter leiden alle, Patient*innen wie Pflegenden.
881 Diese Arbeitsbedingungen wollen wir verbessern. Dafür braucht es nicht nur mehr Lohn,
882 Arbeitsschutz und Anerkennung – sondern vor allem mehr Kolleg*innen und mehr Zeit. Wir
883 wollen durch verbindliche, bedarfsgerechte Personalbemessung – auch in der Langzeitpflege –,
884 die bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mehr eigenverantwortliche Arbeit von
885 Fachkräften, den Abbau unnötiger Bürokratie und die Ermöglichung neuer Arbeitszeitmodelle,
886 etwa der 35-Stunden-Woche in der Pflege bei vollem Lohnausgleich, Arbeitsbedingungen
887 schaffen, unter denen viele Menschen – ganz neu, weiter oder wieder – gerne in der Pflege
888 arbeiten. Die Ausnahmen im Arbeitszeitgesetz für den Gesundheitsbereich wollen wir
889 beschränken, um Überlastung vorzubeugen und den Personalverlust im medizinischen und
890 pflegerischen Bereich einzudämmen. Für potenziell traumatisierende Ereignisse braucht es
891 eine Stärkung der psychosozialen Unterstützung für alle Gesundheitsberufe. Wertschätzung
892 braucht auch Löhne, die sie bezeugen – am besten über gute Tarifverträge. Wir wollen die
893 soziale Pflegeversicherung verpflichten, nur noch mit Anbietern zusammenzuarbeiten, die nach
894 Tarif bezahlen. Um die Attraktivität der Pflegeberufe nachhaltig zu steigern, wollen wir
895 Ausbildung, Selbstorganisation, Einflussmöglichkeiten der professionellen Pflege und ihre
896 Strukturen auf Bundesebene stärken, beispielsweise durch eine Bundespflegekammer und vor
897 allem durch starke Mitspracherechte im Gemeinsamen Bundesausschuss und in anderen
898 Entscheidungsgremien. Das Studium der Pflegewissenschaften und der Pflegepädagogik sowie
899 Forschung in der Pflege wollen wir finanziell und strukturell unterstützen. Für die Arbeit
900 von migrantischen Haushaltshilfen und Betreuungskräften wollen wir einen gesetzlichen
Rahmen
901 entwickeln, der Rechte und Pflichten für beide Seiten (Pflegehaushalt und Carebeschäftigte)
902 definiert.

903 Palliative und hospizliche Versorgung ausbauen, selbstbestimmtes**904 Sterben regeln**

905 Zu einem Leben in Würde gehört auch ein Sterben in Würde. Patient*innen und deren
Angehörige
906 müssen ausführlich über Krankheit und Behandlungsoptionen aufgeklärt werden, sodass
907 Entscheidungen getroffen werden können, mit denen sie sich wohlfühlen. Hierfür wollen wir
908 bundesweite Aufklärungsprogramme zu Patient*innenverfügungen und Vorsorgevollmachten
909 anstoßen. Eine bedarfsgerechte Palliativversorgung von Schwerstkranken und Sterbenden jeden
910 Alters muss überall gewährleistet sein. Wir werden die stationären Hospize und ambulanten
911 SAPV- und Kinder-SAPV-Teams stärken und ausbauen. Die Wahrung der Selbstbestimmung bis
ans
912 Lebensende schließt selbstbestimmtes Sterben ein. Wir setzen uns dafür ein, dass der
913 Bundestag entsprechend der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in freier
Abstimmung
914 den mit einem Schutzkonzept verbundenen Zugang zur Sterbehilfe regelt.

915 Für eine verantwortungsvolle Drogen- und Suchtpolitik

916 Wir wollen einen Wechsel in der Drogenpolitik, der Gesundheits- und Jugendschutz sowie die
917 Befähigung zum eigenverantwortlichen Umgang mit Risiken in den Mittelpunkt stellt. Grüne
918 Drogenpolitik beruht auf den vier Säulen Prävention, Hilfe, Schadensminimierung und
919 Regulierung. Das heutige Betäubungsmittelrecht ist reformbedürftig. Auf dem Schwarzmarkt
920 existiert kein Jugend- und Verbraucherschutz. Wer abhängig ist, braucht Hilfe und keine
921 Strafverfolgung. Grundsätzlich soll sich die Regulierung von Drogen an den tatsächlichen
922 gesundheitlichen Risiken orientieren. Wir wollen Kommunen ermöglichen Modellprojekte
923 durchzuführen und sie dabei unterstützen, zielgruppenspezifische und niedrigschwellige
924 Angebote in der Drogen- und Suchthilfe auszubauen. Hierzu zählen etwa aufsuchende
925 Sozialarbeit, Substanzenanalysen (Drug Checking), Substitutions- und Diamorphinprogramme
(auch
926 in Haftanstalten) und Angebote für Wohnsitzlose sowie die bessere Vermittlung in ambulante
927 und stationäre Therapie. Wir wollen Hindernisse für die Substitution durch Ärzt*innen und
928 Ambulanzen abbauen. Wir stärken die Suchtprävention mit modernen Ansätzen und digitalen
929 Medien unter Einbeziehung der Zielgruppe, auch für Alkohol, Medikamente und Tabak. Den
930 Nichtrauchererschutz wollen wir stärken. Für Drogen soll nicht geworben werden. Das derzeitige
931 Verbot von Cannabis verursacht mehr Probleme, als es löst. Deshalb werden wir dem
932 Schwarzmarkt den Boden entziehen und mit einem Cannabiskontrollgesetz auf der Grundlage
933 eines strikten Jugend- und Verbraucherschutzes einen regulierten Verkauf von Cannabis in
934 lizenzierten Fachgeschäften ermöglichen und klare Regelungen für die Teilnahme am
935 Straßenverkehr einführen. Die Versorgung mit medizinischem Cannabis wollen wir verbessern
936 und die Forschung dazu unterstützen.

937 Wir schaffen bezahlbaren Wohnraum**938 Ein Recht auf Wohnen ins Grundgesetz**

939 Alle Menschen brauchen angemessenen Wohnraum. Wohnen ist ein Menschenrecht. Aber es
wird
940 immer schwieriger, überhaupt Wohnungen zu finden. Und die Mieten und Immobilienpreise

941 steigen vielerorts immer noch weiter. Großstädte teilen sich immer stärker in
 942 Einkommensstadtteile auf, Innenstädten geht das Leben verloren. Viele Städte brauchen eine
 943 Neuausrichtung hin zu einem gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt. Deshalb gilt es zu
 944 handeln, damit gerade auch Familien, Studierende, Menschen mit Behinderungen, ältere
 945 Menschen oder Geringverdiener*innen nicht in Bedrängnis geraten, sondern gut und sicher
 946 wohnen können. Wir wollen das Recht auf Wohnen ins Grundgesetz aufnehmen. In Deutschland
 947 sind derzeit – nach Schätzungen – etwa 700.000 Menschen wohnungslos, 40.000 von ihnen
 leben
 948 ohne Obdach auf der Straße, mehr und mehr junge Menschen, Frauen und Familien. Um diesen
 949 Zustand zu beenden, wollen wir ein nationales Aktionsprogramm zur Vermeidung und
 Bewältigung
 950 von Wohnungs- und Obdachlosigkeit auflegen. Dabei ist der Housing-First-Ansatz ein zentraler
 951 Baustein, bei dem Obdachlose in eine Wohnung einziehen können, ohne sich zuvor für Hilfe
 952 „qualifizieren“ zu müssen. Kein Mensch soll ohne Obdach und eine dauerhafte würdevolle
 953 Unterbringung sein. Zudem werden wir einen Wohn- und Mietengipfel einberufen, der einen
 954 echten Dialog auf Augenhöhe zwischen den Mieter*innen-Vertretungen, der Wohnungswirtschaft
 955 sowie Bund, Ländern und Kommunen schafft und gemeinsam neue, zukunftsfähige wie soziale
 956 Konzepte erarbeitet.

957 **Krisenbedingte Wohnungsverluste verhindern**

958 Wir wollen Mieter*innen und Familien wie Lebensgemeinschaften mit selbstgenutztem
 959 Wohneigentum entlasten und vor einem krisenbedingten Verlust der eigenen Wohnung
 bewahren.
 960 Die Möglichkeit, die Miete oder Kreditrate nachzuzahlen, soll Kündigungen und
 961 Zwangsräumungen abwenden. Zwangsräumungen auf die Straße darf es nicht geben. Wir
 wollen
 962 kostenfreie Mieter*innenberatungen und die Schuldner*innenberatung in den Kommunen
 ausbauen.
 963 Bei krisenbedingten Einkommensausfällen soll ein Programm der KfW Bank („Sicher-Wohnen-
 964 Programm“) eine finanzielle Unterstützung von Mieter*innen und Kreditnehmer*innen
 965 sicherstellen. Vermieter*innen, die auf diese Mietzahlungen angewiesen sind, sollten dann
 966 eine staatliche Unterstützung erhalten.

967 **Neue Gemeinnützigkeit für sozialen Wohnraum**

968 Wir wollen neuen Wohnraum schaffen – und zwar vor allem familiengerecht und öffentlich,
 969 sozialraum- und gemeinwohlorientiert. Stattdessen gehen immer noch viele weitere
 970 Sozialwohnungen verloren – rund 100 jeden Tag. Wir werden deshalb die Mittel für den
 971 sozialen Wohnungsbau deutlich erhöhen und verstetigen, statt sie zu kürzen. Wir werden die
 972 Kommunen unterstützen, ihre bestehenden Wohnungsgesellschaften und
 gemeinwohlorientierten
 973 Baugenossenschaften zu stärken und neue zu gründen. Dazu werden wir mit einer neuen
 974 Wohngemeinnützigkeit für eine Million zusätzliche Mietwohnungen sorgen, sicher und auf
 975 Dauer. Die noch vorhandenen bundeseigenen Bestände sollen nicht mehr an private
 976 Investor*innen veräußert, sondern ausschließlich verbilligt an Kommunen mit einer
 977 dauerhaften Sozialbindung abgegeben werden. So wollen wir in den nächsten zehn Jahren den
 978 Bestand an Sozialwohnungen um eine Million erhöhen. Zudem wollen wir Kommunen

ermöglichen,

979 mehr sozialen Wohnungsbau in Bebauungsplänen festsetzen zu können.

980 **Starke Mieter*innen, faire Mieten**

981 Viele Menschen geben einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für ihre Wohnung aus,
982 viele können sich ihre Mieten nicht mehr leisten. Unser Ziel sind deshalb faire und
983 bezahlbare Mieten und starke Rechte für Mieter*innen. Es wird ein bundeseinheitliches
984 Gesamtkonzept benötigt, das in einem Bundesgesetz gewährleistet, dass Mietobergrenzen im
985 Bestand ermöglicht werden und die Mietpreisbremse entfristet und deutlich nachgeschärft
986 wird. Unnötige Ausnahmen, beispielsweise beim möblierten Wohnen, schaffen wir ab. Reguläre
987 Mieterhöhungen sollen auf 2,5 Prozent im Jahr innerhalb des Mietspiegels begrenzt werden.
988 Dazu wollen wir qualifizierte Mietspiegel stärken, verbreiten und rechtssicher ausgestalten.
989 Zur Berechnung sollen die Mietverträge der letzten 20 Jahre herangezogen werden. Wir streben
990 an, die Modernisierungsumlage weiter abzusenken und auf maximal 1,50 Euro pro
991 Quadratmeter zu begrenzen, damit energetische Sanierungen perspektivisch
wärmietenneutral

992 möglich sind. Innerhalb eines solchen Gesamtkonzepts soll es im BGB ermöglicht werden, in
993 Regionen mit einem angespannten Wohnungsmarkt landesgesetzliche Regelungen dann zu
treffen,

994 wenn sie mindestens den Vorgaben des Gesamtkonzepts entsprechen. Dies muss
995 selbstverständlich verfassungsfest geschehen. Die Umlagefähigkeit der Grundsteuer auf
996 Mieter*innen schaffen wir ab. Außerdem setzen wir auch auf flächensparendes Wohnen, damit
997 der bestehende Wohnraum besser genutzt wird. So wollen wir es beispielsweise Mieter*innen
998 erleichtern, ihre Wohnungen samt den bestehenden Verträgen zu tauschen. Das
999 Umwandlungsverbot im Baugesetzbuch und den Milieuschutz auszuweiten sind weitere
1000 Instrumente. Dazu stärken wir das kommunale Vorkaufsrecht auf Basis eines Ertragswerts, der
1001 bezahlbare Mieten sichert und spekulative Wertsteigerungen unterbindet. Mietwucher muss –
1002 nach § 5 Wirtschaftsstrafgesetz – auch tatsächlich geahndet werden. Eigenbedarfskündigungen
1003 sollen zudem deutlicher als heute auf die tatsächliche Nutzung durch die Eigentümer*innen
1004 und die nahen Verwandten beschränkt werden, um Missbrauch zu unterbinden. Wir prüfen,
1005 inwiefern es möglich ist, in angespannten Wohnungsmärkten bei besonders schutzwürdigen
1006 Personengruppen Eigenbedarfskündigungen ganz auszuschließen. Um die Gemeinschaften der
1007 Mieter*innen zu stärken und die Gemeinwohlorientierung auf dem Wohnungsmarkt umzusetzen,

1008 wollen wir echte Mitbestimmungsrechte und -instrumente entwickeln.

1009 **Immobilienpekulation und Geldwäsche am Wohnungsmarkt beenden**

1010 Wohnen ist ein soziales Grundrecht und der Wohnungsmarkt darf kein Ort für Spekulant*innen
1011 sein. Zu häufig werden Immobilien zur Geldwäsche genutzt, das gilt es zu beenden. Wir
1012 planen, Transparenz durch ein Immobilienregister der Eigentümer*innen einzuführen, die
1013 Grundbücher auch für Journalist*innen, Nichtregierungsorganisationen und die Bewohner*innen
1014 der Immobilien kostenfrei zugänglich zu machen und Bargeld beim Immobilienkauf zu
verbieten.

1015 Außerdem wollen wir den Missbrauch von sogenannten „Share Deals“ zur Steuerumgehung
beenden

1016 und setzen auf eine anteilige Besteuerung des Immobilienbesitzes bei Unternehmensverkäufen.

1017Veräußerungsgewinne aus privaten Immobiliengeschäften müssen angemessen besteuert werden.

1018Die Spekulation mit Bauland soll unterbunden werden. Wenn in Kommunen große Wohnungsnot
1019herrscht, ergibt sich daraus eine Pflicht für Eigentümer*innen, Grundstücke zu bebauen,
1020statt auf höhere Preise zu spekulieren. Auch gegen Fehlnutzungen und spekulativen Leerstand
1021von Wohnraum werden wir verstärkt vorgehen. Wir wollen zudem im Baugesetzbuch die
1022Möglichkeit einer Ausgleichsabgabe zugunsten der Kommunen eröffnen.

1023**Grund und Boden gemeinwohlorientiert**

1024Grund und Boden unterscheidet sich von anderen Gütern, weil sie prinzipiell nicht vermehrbar
1025und gleichzeitig unverzichtbar sind. Steigende Preise von Grund und Boden haben steigende
1026Bau- und Wohnkosten zur Folge, was wiederum zu Verdrängung führt. Bei Fehlentwicklungen
1027ergibt sich hieraus eine besondere Verpflichtung, staatlich einzugreifen. Wir wollen
1028erreichen, dass die öffentliche Hand wieder eine strategische und gerechte Bodenpolitik
1029betreibt. Der Bund soll seine eigenen Immobilien nicht länger meistbietend verkaufen,
1030sondern gezielt die Schaffung von bezahlbarem und nachhaltigem Wohnraum, kulturellen,
1031sozialen und gemeinwohlorientierten Einrichtungen fördern. Dafür wollen wir die
1032Bundesanstalt für Immobilienaufgaben in einen gemeinnützigen Bodenfonds umwandeln. Der
Fonds

1033kauft neue Flächen strategisch zu und überträgt sie an gemeinwohlorientierte Träger. Die
1034Flächen sollen bevorzugt in Erbpacht vergeben werden, um Sozialwohnungen dauerhaft sichern
1035zu können. Werden sie veräußert, sollen Kommunen und kommunale Wohnungsgesellschaften
ein

1036Erstzugriffsrecht erhalten. Die Einnahmen des Fonds fließen nicht in den Haushalt, sondern
1037werden für den Zukauf weiterer Flächen verwendet.

1038**Erwerb von Wohneigentum erleichtern**

1039Wohneigentum ist für viele Menschen ein Wunsch, der wegen explodierender Immobilienpreise
in

1040den meisten Regionen des Landes immer schwerer zu erfüllen ist. Wir wollen den Erwerb von
1041Wohneigentum – auch im Bestand – erleichtern. Deshalb soll das Prinzip „Wer den Makler
1042bestellt, bezahlt“ genauso für Immobilienkäufe eingeführt werden, so wie es für
1043Maklerprovisionen bei Vermietungen bereits gilt. Wir streben an, die Courtage deutlich zu
1044reduzieren, damit sie nicht auf verstecktem Weg zu noch höheren Kaufpreisen führt. Dazu
1045wollen wir die Kaufnebenkosten weiter senken, indem wir es den Ländern ermöglichen, den
1046Steuersatz der Grunderwerbssteuer beispielsweise für große Wohnungsunternehmen zu
erhöhen

1047und für Selbstnutzende zu senken. Wir wollen Mietkauf für selbstgenutztes Wohneigentum über
1048die Länder und Kommunen fördern, auch den Kauf und die Modernisierung leerstehender
1049Wohnungen und Ausbauten zu günstigem Wohnraum unterstützen wir. Beteiligungen an
1050Genossenschaften und den gemeinschaftlichen Erwerb durch Mieter*innen, beispielsweise im
1051Rahmen des Mietshäusersyndikats und anderer gemeinschaftlicher Projekte, wollen wir
1052unterstützen, zum

1053Beispiel indem wir unbürokratisch günstige Kredite oder Bürgschaften gewähren.

1054**Ressourcenschonendes und kreislaufgerechtes Bauen vorantreiben**

1055 Wir können die Klimaziele nur mit einer konsequenten Bauwende hin zu ressourcenschonendem
1056 und nachhaltigem Bauen erreichen. Bei jeder Städtebau- und Gebäudeplanung sind künftig der
1057 gesamte Stoff- und Energieverbrauch für Bau, Betrieb und späteren Rückbau umfassend zu
1058 berücksichtigen. Eine Lebenszyklusbetrachtung soll verpflichtend für alle Baumaßnahmen
1059 werden, Erhalt und Aufbau auf Bestehendem bekommt Vorrang vor Neubau. Ziel ist eine
1060 komplette stoffliche Wieder- oder Weiterverwertung. Dafür setzen wir auf eine Veränderung
1061 der ökonomischen Rahmenbedingungen, ein Gebäude-Ressourcen-Gesetz und verbindliche
1062 Klimaschutzstandards bei allen gesetzlichen Vorgaben, Normen und Bauordnungen sowie eine
1063 nachhaltige Holzbaustrategie, damit künftig energie- und ressourcenschonend und giftfrei
1064 gebaut wird. Die öffentliche Hand muss bei alldem ihrer Vorbildfunktion gerecht werden. Die
1065 Forschung an und Markteinführung von nachhaltigen, klimafreundlichen Baumaterialien wollen
1066 wir stärken. Holz ist dabei ein wertvoller Rohstoff, seinen gezielten und effizienten
1067 Einsatz behalten wir im Blick, damit unsere Häuser nachhaltig, aber zugleich unsere Wälder
1068 nicht übernutzt werden. Wir fördern außerdem die Digitalisierung von Planen und Bauen. Um
1069 Gebäude kreislaufgerecht planen, bauen und modernisieren zu können, führen wir einen
1070 digitalen Gebäude-Materialpass mit allen relevanten Informationen über die verwendeten
1071 Materialien ein – unsere Gebäude und Bauschuttdeponien werden so zu Rohstoffminen. Die
1072 Reduktion des Flächenverbrauchs bei der Siedlungsentwicklung spielt eine zentrale Rolle beim
1073 Natur- und Artenschutz. Mit entsprechenden rechtlichen Vorgaben und Anreizen realisieren wir
1074 den Vorrang der Innenentwicklung und flächensparendes Bauen. Nicht mehr benötigte
1075 versiegelte Flächen werden der Natur zurückgegeben. Künftig wird mehr hoch als breit gebaut,
1076 Verkehrsflächen werden reduziert. Flächen, die noch versiegelt werden, müssen ortsnah durch
1077 Entsiegelung ausgeglichen werden. So steigen wir in eine Flächenkreislaufwirtschaft ein, die
1078 letztlich keinen Nettoverbrauch an Boden mehr benötigt. Wir setzen uns ferner dafür ein,
1079 dass § 13 b des Baugesetzbuches nicht über das Jahr 2022 hinaus verlängert wird.

1080 **Wir investieren in lebenswerte Dörfer und Städte**

1081 **Regionale Daseinsvorsorge stärken**

1082 Für ein gutes, selbstbestimmtes Leben in allen Regionen brauchen wir eine Gleichwertigkeit
1083 der Lebensverhältnisse. Einschränkungen gibt es vielerorts, häufig unterscheiden sie sich
1084 von Region zu Region: Hier fehlt ein Zentrum im Dorf, dort werden in einer Kommune die
1085 Schwimmbäder geschlossen und vielerorts ist das Internet noch viel zu langsam. Unser Ziel
1086 ist es, dass individuelle Entfaltung, demokratische Teilhabe und gesellschaftliches
1087 Engagement überall im Land möglich sind. Wir brauchen gute Infrastruktur und den Zugang zu
1088 öffentlichen Gütern in den Kommunen. Deshalb wollen wir eine neue Gemeinschaftsaufgabe
1089 „Regionale Daseinsvorsorge“ im Grundgesetz verankern. Regionen, die heute mit großen
1090 Versorgungsproblemen zu kämpfen haben, sollen wieder investieren und gestalten können. Ziel
1091 ist, anhand von regionalen Indikatoren in den Bundesländern Förderregionen auszuwählen und
1092 die Stärkung der Kommunen in diesen Regionen zu unterstützen. Mit Regionalbudgets geben wir
1093 Bürger*innen und Akteur*innen vor Ort die Möglichkeit, ihre Dörfer und Städte selbstbestimmt
1094 zu entwickeln und zu gestalten. Für zentrale Versorgungsbereiche wie Gesundheit, Mobilität
1095 und Breitband wollen wir nötige Mindeststandards formulieren. Eine inklusive und
1096 solidarische Gesellschaft braucht Orte des Miteinanders, Orte gegen die Einsamkeit, Orte des
1097 gesellschaftlichen Zusammenhalts. Das kann

1098 ein Marktplatz sein oder ein Familienzentrum, der Jugendclub oder der Skatepark, die
1099 Stadtteilbibliothek, der Kulturbahnhof oder die freie Bewegungsfläche. Wir erarbeiten
1100 gemeinsam mit Expert*innen und Bürger*innen eine nationale Strategie gegen Einsamkeit. Und
1101 wir wollen mit den Kommunen und Initiativen vor Ort eine Bundesstrategie „Orte des
1102 Zusammenhalts“ auf den Weg bringen. Mit Bundeseinrichtungen in Ostdeutschland und der
1103 gezielten Ansiedlung von neuen Forschungsinstituten werden wir in strukturschwachen
Regionen
1104 wichtige Impulse setzen. Außerdem unterstützen wir die Idee der Errichtung eines
1105 „Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“.

1106 **Solide Finanzausstattung für Kommunen**

1107 Für eine starke kommunale Selbstverwaltung und eine belastbare öffentliche Daseinsvorsorge
1108 braucht es eine solide Finanzausstattung. Viele Kommunen schaffen es jedoch nicht einmal
1109 mehr, den ihnen übertragenen Pflichtaufgaben wie etwa der Reparatur von Gemeindestraßen
oder
1110 der Schulsanierung nachzukommen. Sie waren bereits vor der Corona-Krise finanzschwach oder
1111 verschuldet und ihr Handlungsspielraum verkleinert sich zunehmend. Das spüren die Menschen
1112 vor Ort unmittelbar. Wenn keine Finanzmittel für sogenannte freiwillige Leistungen wie
1113 Sport- oder Kultureinrichtungen und deren Erhaltung übrig ist, hat das Auswirkungen auf das
1114 gemeinschaftliche Leben in den Kommunen und auf das Vertrauen in den Staat. Wir wollen die
1115 Gemeindefinanzen besser und krisenfester aufstellen. Wenn Bund und Länder den Kommunen
neue
1116 Aufgaben zuweisen, müssen sie auch eine Finanzierung bereitstellen. Wir werden eine faire
1117 Unterstützung bei den kommunalen Altschulden und bei gemeindlichen krisenbedingten
1118 Steuerausfällen umsetzen, um auch hoch verschuldeten Kommunen wieder eine Perspektive zu
1119 geben. Für ihr Schuldenmanagement sollen die Kommunen auf die Unterstützung des Bundes
1120 zurückgreifen können, sofern sie dies wünschen. Wir wollen daher, dass für 2021 und 2022 die
1121 Gewerbesteuer ausfälle vollständig durch Bund und Länder übernommen werden. Außerdem
wollen
1122 wir eine Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung für Geduldete. Wir wollen mehr
1123 kommunale Investitionen ermöglichen, beispielsweise in Klimaschutz, die Verkehrswende,
1124 Gründungsinfrastruktur und Kultureinrichtungen. Dafür soll in einem ersten Schritt der
1125 Zugang zu Fördermitteln einfacher und unbürokratischer werden und sollen die Hürden für die
1126 Teilnahme besonders für finanzschwache Kommunen gesenkt werden. Wir wollen, dass Bund
und
1127 Länder den Kommunen mit einer gemeinsamen Kompetenzagentur für Förderpolitik und
1128 Investitionen mit Rat und Tat zur Seite stehen und die Umsetzung von Projekten ermöglichen.
1129 Es braucht mittelfristig aber eine grundsätzliche Neuordnung der Finanzierung der Kommunen:
1130 weg von immer mehr einzelnen Förderprogrammen, hin zu einer höheren Grundfinanzierung,
damit
1131 vor Ort entschieden werden kann, welche Ausgaben priorisiert werden.

1132 **Innenstädte neu gestalten**

1133 Innenstädte und Ortskerne, die man gerne besucht, in denen man verweilt und andere
Menschen
1134 trifft, tragen enorm zu unserer Lebensqualität bei. Sie bieten kulturellen Austausch und
1135 geben dem Leben in Stadt und Land eine Bühne. Mit einer guten Baukultur wollen wir

1136 Stadtzentren und Ortskerne lebenswerter, attraktiver und auch für alle Menschen sicherer
 1137 machen durch neues Wohnen, Gewerbe, Bildung und Kultur. Eine kluge
 Stadtentwicklungspolitik,
 1138 nachhaltige Verkehrskonzepte und ein Städtebaunotfallfonds sind die besten Voraussetzungen,
 1139 dass auch der Einzelhandel und das Handwerk dort eine Zukunft haben. Dafür wollen wir die
 1140 Städtebauförderung neu ausrichten: für schönere Städte, mehr Stadtgrün und Wasserflächen,
 1141 damit man auch in Zeiten immer heißerer Sommer gut in der Stadt leben kann. Mit zusätzlichen

1142 Mitteln für Smart-City-Projekte unterstützen wir den Aufbau unabhängiger digitaler
 1143 Plattformen, mit denen insbesondere der inhabergeführte stationäre Einzelhandel attraktive
 1144 Angebote machen kann. Dazu arbeiten wir gegen Verdrängung und Leerstand an. Eine Million
 1145 neue gemeinnützige Wohnungen sollen in den nächsten Jahren in unseren Städten entstehen.

Mit

1146 dem „100.000 Dächer und Häuser“-Programm investieren wir in den Dachausbau und die
 1147 Modernisierung leerstehender Wohnungen. Dafür braucht es ausreichend Planer*innen in den
 1148 Kommunen und Kapazitäten im Baugewerbe. Kleineren Gewerben wie Handwerksbetrieben,
 sozialen
 1149 und Kulturprojekten sowie Clubs wollen wir mit einem Gewerbemietrecht und über die
 1150 Baunutzungsverordnung eine zentrale Lage in den Städten bewahren und neu ermöglichen.
 1151 Bundeseigene Immobilien sollen zukünftig nur noch an gemeinnützige, öffentliche oder am
 1152 Gemeinwohl orientierte Träger abgegeben werden.

1153 **Ländlich leben, digital arbeiten**

1154 Das Leben auf dem Land und im Dorf hat viel zu bieten. Gründer*innen, Familien oder
 1155 Freischaffende – alle brauchen schnelles und zuverlässiges Internet für ihr Leben. Eine
 1156 ausreichend schnelle Breitband- und Mobilfunkversorgung gehört zur Daseinsvorsorge. Das
 1157 Recht darauf muss jede*r Bürger*in schnell und unbürokratisch durchsetzen können. Wir
 1158 schaffen Ankommens- und Bleibeperspektiven für Jung und Alt. Über die Gemeinschaftsaufgabe
 1159 für Agrar- und Küstenschutz fördern wir Wohnprojekte für alle
 1160 Generationen, Co-Working, die Aktivierung von Leerstand sowie gemeinschaftliche und
 1161 genossenschaftliche Wohnformen. Wir schaffen Anreize für die Revitalisierung alter
 1162 Bausubstanzen statt für Neubauten auf der grünen Wiese und unterstützen Programme und
 1163 Initiativen zur Umnutzung von Leerstand, beispielsweise für Co-Working-Spaces, soziale und
 1164 kulturelle Einrichtungen oder die Wiederansiedlung von Lebensmittelgeschäften in kleinen
 1165 Ortschaften. Bahnhofsgebäude wollen wir als gemeinwohlorientierte Räume zu einladenden
 1166 Mobilitätsknotenpunkten weiterentwickeln und attraktiver machen. Damit verknüpfen wir die
 1167 Bahn mit den Ortschaften. Wir unterstützen die Landesprogramme zu Markttreffs: wenn zum
 1168 Beispiel Supermärkte ihre Flächen so umbauen, dass sie Café, Bank- und Postfiliale
 1169 integrieren. Kommunen sollen Zuschüsse bekommen, wenn sie öffentliche Einrichtungen,
 1170 Sporthalle, Bibliothek, Spielplatz, Working-Space oder Kino unter dem Dach eines
 1171 Kulturzentrums zusammenfassen.

1172 **Schnelles Internet überall**

1173 Egal ob Stadt oder Land, ob mobiles Arbeiten, innovative Wirtschaft oder Unterricht –
 1174 schnelles Internet ist die essentielle Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe sowie
 1175 gleichwertige Lebensverhältnisse und gehört für uns zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Mit
 1176 weniger als zwei Millionen aktiven Glasfaseranschlüssen ist Deutschland aber in allen

1177europäischen und internationalen Vergleichen weit abgehängt. Dabei gehört Glasfaser die
 1178Zukunft. Unser Ziel ist schnelles, kostengünstiges und zuverlässiges Glasfaserinternet
 1179(FTTB) in jedem Haus. Wir sorgen dafür, dass Fördergelder unbürokratisch dort ankommen, wo
 1180sie am nötigsten gebraucht werden. Wir stärken den offenen Zugang zu bestehender Glasfaser
 1181und bauen Blockaden ab, um den Ausbau zu beschleunigen. Der umfassende Glasfaserausbau
 soll
 1182auch im Rahmen von Betreibermodellen vorangetrieben und langfristig gesichert werden. Um
 den
 1183Menschen auch kurzfristig schnellere Internetzugänge zu ermöglichen, wollen wir einen
 1184Rechtsanspruch auf schnelle Internet-Grundversorgung so ausgestalten, dass er unbürokratisch
 1185und leicht durchsetzbar wird. Mit Mindestbandbreiten, die sich an den Nutzungsgewohnheiten
 1186der Menschen orientieren. So sorgen wir für eine zügige Schließung der weißen Flecken. Die
 1187Netzneutralität wollen wir weiter absichern und konsequent durchsetzen. Und wir machen
 1188Schluss mit der Bandbreiten-Schummelei: Wenn Telekommunikationsunternehmen nicht die
 1189versprochenen Download-Geschwindigkeiten liefern, soll es unkomplizierten pauschalierten
 1190Schadensersatz und hohe Bußgelder geben. Beim Mobilfunkausbau gilt es eine flächendeckende
 1191Versorgung sicherzustellen, egal in welchem Netz man surft. Wo die Anbieter keine
 1192Kooperationsvereinbarungen treffen, um Funklöcher zu schließen, muss notfalls lokales
 1193Roaming angeordnet werden, natürlich mit entsprechender Vergütung. Bei zukünftigen
 1194Frequenzversteigerungen sollen die Versorgungsaufgaben für die Fläche so angepasst werden,
 1195dass sie mit dem steigenden Bedarf Schritt halten – insbesondere entlang von Bahnstrecken
 1196und Straßen.

1197 **Selbstbestimmt im Alter, in Stadt und Land**

1198Wir wollen Selbstbestimmung auch im Alter ermöglichen. Wir wollen den Abbau von Barrieren in
 1199Wohnungen und im Wohnumfeld stärker finanziell fördern und somit älteren Menschen
 1200ermöglichen, länger als bisher in ihrer vertrauten Umgebung selbstbestimmt wohnen zu
 1201bleiben. Gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht Selbstbestimmung. Wir verfolgen den
 1202generationenfreundlichen Ansatz der „Age-friendly Cities and Communities“ der
 1203Weltgesundheitsorganisation – auch für ältere Menschen in Stadt und Land und im digitalen
 1204Raum. Den wollen wir mit einem Programm fördern, bei dem Ansprechstellen und
 Gemeindezentren
 1205über altersgerechtes Wohnen, Weiterbildungsangebote, Pflege und soziale Sicherung sowie
 1206Möglichkeiten, sich im Dorf oder im Stadtteil zu engagieren, informieren. Um die Teilhabe
 1207auch in der digitalen Welt zu verbessern, wollen wir Initiativen praktischer Bildung und
 1208Anwendung im Lebensumfeld und in den Treffpunkten älterer Menschen wie
 Nachbarschaftszentren
 1209und Bibliotheken fördern. Zur Selbstbestimmung gehört auch, den eigenen Bedürfnissen
 1210entsprechend mobil zu sein, unabhängig vom eigenen Pkw. Dafür muss das
 Nahverkehrsangebot in
 1211den Städten und auf dem Land ausgebaut und intelligent vernetzt sowie mit intelligenten On-
 1212Demand-Systemen wie beispielsweise Rufbussen ergänzt werden. Es braucht flächendeckend
 1213barrierefreie Zugänge zu allen öffentlichen Verkehrsmitteln und die Wege zu ÖPNV und
 1214Nahversorgung sollen mit genügend Möglichkeiten zum Ausruhen und „Kräftesammeln“
 1215ausgestattet werden.